

Wöchentlich 84 Bl. monatlich 2,40 Mk. im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochent- lich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Wochenausgaben für Berlin ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konsumpolitik des Herrn Brüning ...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontos: Berlin 87536. - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65

Borsig stürzte Müller-Wissell.

Zur Vorgeschichte der Regierungskrise.

Die Regierung Brüning-Schiele-Trepiranus stellt sich heute nachmittag dem Reichstag vor.

Am 27. März zerfielen die Parteien der Großen Koalition in zwei Lager. Die Sozialdemokraten verwarfen einen Kompromißvorschlag der Parteien zur Arbeitslosenfrage und bekannten sich zu dem Regierungsentwurf.

Wie kam es nun, daß die Bürgerlichen den von ihnen mitbeschlossenen Regierungsentwurf im Stich ließen?

Sehr geehrter Herr Minister!

In der Vorstandssitzung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind von dem Herrn Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialdirektor Dr. Weigert, dem Vorstand der Reichsanstalt offizielle Mitteilungen über das Ergebnis der Kabinettsbeschlüsse gemacht worden.

Eine Ermächtigung, von der Leistungsseite Ersparnismaßnahmen zu beschließen, soll für den Vorstand der Reichsanstalt nicht vorgegeben werden.

Kommt ein Beschluß des Vorstandes in der Frage der Beitragserhöhung nicht zustande, so beschließt die Reichsregierung über die Erhöhung, wobei das Reichskabinett schon jetzt von der Grundentscheidung ausgeht, daß angesichts der Lage des Arbeitsmarktes die Einnahmen der Reichsanstalt durch Beitragserhöhung erhöht werden müssen.

Der Vorstand der Reichsanstalt hat auf Grund dieser Mitteilungen über diese dem Vorstand einzuräumende Befugnis eingehend verhandelt.

Die Arbeitgeberseite geht davon aus, daß eine weitere Erhöhung der Beiträge in der Arbeitslosenversicherung mit der Lage der Wirtschaft und der auch von der Reichsregierung wiederholt programmatisch betonten Notwendigkeit der Entlastung der Wirtschaft nicht vereinbart werden kann.

völlig außerstande, bei etwaigen Verhandlungen des Vorstandes der Reichsanstalt einer Beitragserhöhung über das bereits vorhandene ungewöhnliche Maß hinaus ihre Zustimmung zu erteilen.

Dabei weist sie darauf hin, daß die vom Kabinett vorgegebene Beitragserhöhung auf 4 Proz. praktisch einer Beitragserhöhung von 1 Proz. gleichkommt, da die derzeitige Beitragshöhe von 3 1/2 Proz. bis zum 30. Juni 1930 befristet ist.

Die Arbeitgeberseite muß eine Mitbeteiligung an derartigen Verhandlungen im Vorstand der Reichsanstalt in dieser Frage um so mehr ablehnen.

als der Beschluß des Reichskabinetts zum Ausdruck bringt, daß im Falle des Nichtzustandekommens einer Einigung im Vorstand der Reichsanstalt das Reichskabinett selbst die Beitragserhöhung zu beschließen gedenkt.

Vor der Regierungserklärung.

Die Haltung der Deutschnationalen.

Das Bänglein an der Waage.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion wird sich heute darüber entscheiden, welche Stellung sie zur Regierung Brüning-Schiele einnehmen will.

„Entweder lehnt die Partei geschlossen oder doch mit etwa 15 bis 20 Stimmen das Mißtrauensanotum ab, oder aber es ist noch nicht einmal für die Duldung dieses Kabinetts eine Mehrheit zu erreichen.“

Sie wird dabei unterstützt von der „Deutschen Tageszeitung“:

„Zunächst wird es also darauf ankommen, was die Erklärung enthält, mit der die neue Regierung morgen nachmittag vor den Reichstag treten will.“

Sturz oder Plakatierung des Bürgerblockcharakters — das ist die Alternative, vor der das Kabinett Brüning steht!

Herr Trepiranus erklärt.

Er kann die Regierungserklärung nicht abwarten.

Das politische Spiel maßgebender Zentrums- politiker und des volkonservativen Abgeordneten Trepiranus, das mit der Bildung des Kabinetts Brüning seinen vorläufigen Abschluß gefunden hat, war von langer Hand vorbereitet.

bei dieser Sachlage u. E. der Limweg über den Vorstand der Reichsanstalt völlig zwecklos. Er ist dies um so mehr, als bei der gekennzeichneten Einstellung der Arbeitgeber diesbezügliche Verhandlungen im Vorstand der Reichsanstalt lediglich den Erfolg haben können.

Die Ermächtigungen, die noch den Beschlüssen des Reichskabinetts an den Vorstand der Reichsanstalt erteilt werden sollen, bedeuten angesichts der oben geschilderten Einschränkungen in Wahrheit nicht im entferntesten die Herbeiführung einer irgendwie ins Gewicht fallenden Selbständigkeit und Selbstverantwortung des obersten Selbstverwaltungsorgans der Reichsanstalt für deren Haushalt.

Die Arbeitgeberseite des Vorstandes hat sich daher bereits sehr ernstlich die Frage vorlegen müssen, ob von ihr

im Falle der Durchführung eines derartigen Kurzes in der Regierungs- und Reichsanstaltspolitik

die Übernahme einer weiteren Mitverantwortung in der Verwaltung der Reichsanstalt im Rahmen der von ihr wahrzunehmenden wirtschaftlichen Interessen getragen werden kann.

Wir gestatten uns, Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, von dieser Stellungnahme der Arbeitgebergruppe des Vorstandes der Reichsanstalt ergebenst Reminis zu geben, wobei wir im übrigen

berg in die Hand fiel und zu einem Ausschlußverfahren gegen Trepiranus und dann zur Sezession aus der deutschnationalen Partei führte.

„Es ist inzwischen von mir und meinen Freunden als notwendig erachtet worden, für den Fall, daß eine Erneuerung in der deutschnationalen Parteileitung sich als nicht gangbar erweist, eine neue Form vorzubereiten, unter der eine fortschrittliche konservative Politik, die ihre konservativen Grundlagen nicht verleugnet, weitergeführt werden kann.“

Der Tod Stresemanns hat für viele, die bisher in der DVP waren, die Bahn freigemacht für eine Reorientierung. Das Zentrum wartet — dafür kann ich mich verbürgen — nur auf die Klärung in der Rechten, um den Bruch mit der Sozialdemokratie aufzunehmen und eine durchgreifende Reichs- und Finanzreform mit uns im Bunde durchzuführen.

Herr Trepiranus hat also einigen Anlaß, sich als Vater des Kabinetts zu fühlen, und so hat er keine Hemmungen, sofort nach seiner Ernennung die positivsten Erklärungen für diese Regierung abzugeben.

„Die bisherigen Versuche, die die letzte Koalitionsregierung Monate hindurch unternahm, um dem welterschreitenden Anreiz zu steuern, haben verjagt. Aus diesem Grunde hat der Reichspräsident eingegriffen.“

Wenn jetzt Vermutungen über die Haltung der Deutschnationalen Partei angestellt werden, so gehen sie an der Tatsache vorbei, daß der Versuch, Neuwahlen zu erzwingen, nur für die Parteien ein Risiko wird, nicht aber für die Reichsregierung, die mit dem Notstandsartikel der Verfassung die praktische Arbeit weiterführen würde.“

Damit hat der neue Minister gegen die Räumung der besetzten Gebiete sehr vorant einen der wichtigsten Punkte der Regierungserklärung vorweggenommen. Der Entschluß, Staatsgesetze mit dem Artikel 48 zu machen, ist so schwerwiegend und kann so weittragende Konsequenzen haben, daß es allein die Aufgabe des verantwortlichen Reichskanzlers wäre, ihn öffentlich anzukündigen.

auf die Wiederholung von uns der Regierung unterbreiteten Vorschläge für die Durchführung geeigneter Sparmaßnahmen zur Sanierung der Reichsanstalt verweisen dürfen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Bereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Der Vorsitzende: gez.: E. v. Borjig.

Das geschäftsführende Präsidiummitglied.

gez.: Brauweiler.

Es erhebt sich zunächst die Frage, warum die Arbeitgeber diesen Brief an den Reichsfinanzminister und nicht an den Reichsarbeitsminister gerichtet haben.

Die Antwort ist sehr einfach. Die Arbeitgeber haben an den Reichsarbeitsminister nicht geschrieben, weil der Reichsarbeitsminister ein Sozialdemokrat war. Sie haben an den Reichsfinanzminister geschrieben, weil der Reichsfinanzminister ein Volksparteiler ist. Sie haben an den Volksparteiler geschrieben, weil die Volkspartei die Partei der Arbeitgeber ist.

Die zweite Frage ist aber schon viel schwieriger und peinlicher. Warum hat Herr Dr. Moldenhauer weder dem Kabinett, noch dem Reichstanzler, noch dem Reichsarbeitsminister von diesem Brief Kenntnis gegeben? Wäre es nicht eine Pflicht der Loyalität gewesen, dieses Schreiben, sei es auch nur „zuständigkeitshalber“ an den Reichsarbeitsminister weiterzugeben?

Die Antwort auf diese Frage erwarten wir von Herrn Dr. Moldenhauer.

Wir haben aber auch noch eine dritte Frage: War der Brief der Arbeitgeber im Wortlaut oder nach dem Inhalt den bürgerlichen Koalitionsparteien bekannt — und welchen Einfluß hat er auf ihre Haltung gehabt?

Dieser Brief, der in einem so befehlshaberischen Ton gehalten ist, als ob sich die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände auch als die Arbeitgeberin der Reichsregierung und des Reichstags betrachtete, gipfelt in der offenen Drohung, die Arbeitgeber würden ihre Mitarbeit in der Reichsanstalt einstellen, falls die Regierungsvorlage Gesetz würde. Sachlich sollte durch diese Drohung die Erhöhung der Beiträge verhindert und der Abbau der Leistungen erzwungen werden.

Diese Drohung wurde Anfang März erlassen, und siehe da — die bürgerlichen Koalitionsparteien ließen die Regierungsvorlage im Stich. Sie einigten sich auf eine Kompromißlösung, die von der Sozialdemokratie abgelehnt wurde und die man wahrscheinlich in der heutigen Regierungserklärung als gute alte Bekannte begrüßen können wird. Die Sozialdemokratie blieb allein auf weiter Flur und wurde — von manchem gewiß sogar gutgläubig — als die Alleinschuldige der Krise ausgeprangert.

Die „Kölnische Volkszeitung“ wurde gestern morgen lachend. Sie sprach von einem „Ausbruch zu neuen Ufern“, müßig gewagt von Männern, die durch ihre Haltung dem deutschen Volke vor Augen führen, daß es noch den Willen zum Ganzen der Nation gibt, einen politischen Willen, der demokratische Einstellung, soziales Wollen, liberalen Persönlichkeitswert und konservative Haltung in der höheren Ebene der nationalpolitischen Verpflichtung gegenüber Volksstaat und Staatsvolk miteinander verbindet und in staatspolitische Taten umsetzt.

Das ist zum Weinen schön gesagt! Die Sprache des Borjig-Briefes ist aber einfacher, klarer und leichter verständlich. Sie liefert den Text zur jungkonjunktiven Melodie, die Prosa der harten Tatsachen zu den romantischen Schwärmereien der Brüning und Treistranus.

Borjig hat Müller-Wissell gestürzt. Die Große Koalition ist an dem Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zerprungen. Die Arbeitgeber behaupteten ihren Einfluß auf die Regierung. Die Arbeitnehmer gingen mit der Sozialdemokratie in die Opposition.

Der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, freilich meint:

„Das Kabinett Brüning wird auch von innen heraus, ohne daß man dazu sozialdemokratische Opposition braucht, in dem Augenblick unmöglich sein, da es eine unsoziale Politik beginnt.“

Das klingt anders als der Hymnus aus Köln, etwas weniger überzeugt und etwas weniger vertrauensvoll. Wagt man im christlichen Gewerkschaftslager, daß übermorgen vielleicht schon ein Wahlkampf beginnen kann, in dem es um die Seele des letzten christlichen Arbeiters gehen wird?

Dieser Wahlkampf wird zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geführt werden. Die Arbeitgeber gehören zu Herrn v. Borjig. Die Arbeitnehmer aber zu Wissell und zur Sozialdemokratie.

In Danzig wie in Berlin.

Ende der Linkskoalition.

Danzig, 31. März. (Eigenbericht.)

Die seit über zwei Jahren bestehende Linkskoalition des Freistaates Danzig hat sich aufgelöst.

Die Differenzen in der aus Sozialdemokraten, Zentrum und Liberalen gebildeten Koalition waren vor allem auf Meinungsverschiedenheiten über die Gestaltung des Staats zurückzuführen. Die im Rahmen dieses Staats vorgesehene Lohnsummensteuer nahm die liberale Gruppe zum Anlaß, ihre Senatoren zurückzuziehen. Das Zentrum lehnte schließlich die von der Sozialdemokratie geforderten Maßnahmen zur Einschränkung der Erwerbslosigkeit ab. Die Sozialdemokratie hat daraufhin ihren Austritt aus der Regierung beschlossen.

Nach einem Danziger III-Bericht haben die bürgerlichen Koalitionsparteien schon längst mit der Rechten verhandelt.

Bereidigung der Minister.

Erste Sitzung des neuen Kabinetts.

Der Reichspräsident nahm am Montag die durch das Gesetz über die Rechtsverhältnisse des Reichstanzlers und der Reichsminister vom 27. März 1930 neu vorgeschriebene Vereidigung der Mitglieder der Reichsregierung vor. Der Reichstanzler und die Reichsminister leisteten hierbei folgenden Eid:

„Ich schwöre: Ich werde meine Kraft für das Wohl des deutschen Volkes einsetzen, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, die mir obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und meine Geschäfte unparteiisch und gerecht gegen jedermann führen.“

Am Anstich an die Vereidigung sprach der Reichspräsident den Mitgliedern der Reichsregierung seine aufrichtigen Wünsche für erfolgreiche Arbeit im Dienste des Vaterlandes aus. Er betonte hierbei, daß Sanierung der Finanzen und Rettung der deutschen Landwirtschaft, insbesondere der landwirtschaftlichen Ostens, die dringendsten Gebote der Zeit sind.

Beratungen des Programms.

Das Reichskabinett trat am Montag nachmittag unter Vorsitz des Reichstanzlers Dr. Brüning zu seiner ersten Sitzung zusammen. Den Gegenstand der Beratungen bildete die von dem Reichstanzler im Reichstag abzugebende Regierungserklärung. Das Reichskabinett wird zu einer letzten Formulierung

der Regierungserklärung am Dienstag zu einer kurzen Sitzung zusammenzutreten.

Dresschef Bechlin bleibt.

Der bisherige Presschef der Reichsregierung Ministerialdirektor Dr. Bechlin, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist, wird — wie uns von ausländischer Seite versichert wird — sein Amt im Einverständnis mit dem Reichstanzler Brüning auch unter der neuen Regierung weiterführen.

Schieles Mandatsniederlegung.

Er scheidet als Vorstandsmitglied der Deutschnationalen aus.

Hugenbergs offizieller Nachrichten dienst verbreitet folgende Verlautbarung:

„Der neuernannte Reichsernährungsminister Schiele hat in seinem Schreiben an den Reichstagspräsidenten über die Erklärung abgegeben, daß er sein Mandat als Reichstagsabgeordneter niederlege. Er hat gleichzeitig sein Amt als Vorstandsmitglied der Deutschnationalen Volkspartei niedergelegt. Damit hat Herr Schiele nur die selbstverständlichen Folgerungen aus der Tatsache gezogen, daß er sich im Gegensatz zur Auffassung der Deutschnationalen Volkspartei an einer Regierung der Mitte beteilige. Das loyale Verhalten Schieles steht in auffallendem Gegensatz zu der Weigerung der Lambach-Treistranus-Gruppe, die übernommene Verpflichtung in bezug auf die Mandatsniederlegung zu erfüllen.“

Kampf dem Bildungsprivileg!

Programmrede des neuen Kultusministers Genossen Grimme.

Auf der Tagesordnung der Montagssitzung steht die zweite Lesung des Kultusetats.

Unterrichtsminister Dr. Grimme:

Ich will Ihnen die grundsätzliche Stellung zu meiner Aufgabe kurz darlegen. Selbstverständliche Grundlage meiner Tätigkeit ist das Hauptprogramm des Kabinetts Braun, das Ihnen bekannt ist. Ehe ich auf meine eigenen Absichten eingehe, ist es mir ein Bedürfnis, meines Amtsvorgängers zu gedenken. Der preussische Staat und das deutsche Geistesleben hatten an Dr. Becker eine Persönlichkeit von geistigem Rang und eigenem Gepräge; sein Name hatte auch im internationalen Geistesleben Klang und Geltung. Sein Werk würdigen, hieße eine Geschichte der preussischen Unterrichtsverwaltung seit der Revolution schreiben. Seine Persönlichkeit würde bedeuten, gleichsam ein Retrazal einer lebendigen Persönlichkeit zu geben, dessen Können und Erziehung bald wieder in der Arbeit für den Staat eingesetzt werden dürfte. Aber sein historisches Verdienst will ich knapp hervorheben: als weithin geachteter Repräsentant der deutschen Kultur hat er die Vereinigung zwischen dem Geist und dem neuen Staat herbeizuführen gesucht. (Sehr wohl! im Zentrum und bei den Demokraten.) Er ist auch mit persönlichem Mut in der Erfüllung dieser Aufgabe vor den Verleumdungen derer nicht zurückgeschreckt, die in ihrer Wut die öffentliche Erziehung als „Säuberung des öffentlichen Lebens“ mit der Beschmutzung ihrer politischen Gegner beglücken. (Beifall!) Jeder Einsichtige wird den Willen Beckers zur Equidistanz zwischen Staat und Geist um so dankbarer würdigen, als uns sonst alles Verbindende fast völlig verloren gegangen ist.

Jede Arbeit eines preussischen Kultusministers ruht auf dem Untergrunde einer reichhaltigen Kultur.

Zu den wirtschaftlichen Bedrohungen kommt für viele Schichten des deutschen Volkes eine gefährliche Unsicherheit in den Wertesphären, ein tiefgreifender Zweifel, welchen Sinn das Dasein hat und ob es überhaupt einen Sinn hat, über die bloße materielle Sicherung der vegetativen Existenz hinaus. Diese Anarchie der Werte bedeutet für das deutsche Volk eine schwere geistige Katastrophe. Jede einzelne Kraft ist zur Überwindung dieses Zustandes unzureichend; aber jedenfalls muß die Klärung für die Welt der objektiven geistigen Werte das erste Ziel aller Erziehungsarbeit bleiben. Die Erreichung dieses Ziels liegt jenseits der Grenze bloßer Verwaltungsmassnahmen des Staates; sie liegt in der Veränderung der Willenssphäre der gesamten Völklichkeit voraus. Der Staat ist kein Souverän, der der Kultur von sich aus Zwecke setzen könnte. Der Staat erhält vielmehr seine Werte erst von der Kulturlibere aus, in deren Dienst er steht.

In diesem Verhältnis zwischen Staat und Kultur ist nicht der Staat autonom, sondern die Kultur.

Kulturschöpferisch zu sein, liegt daher nicht im Rahmen des dem Staate Möglichen. Der Staat macht nicht die Kultur, aber immerhin — er macht sie erst möglich. (Sehr gut! links.) Kulturelle Freiheit und soziale Gerechtigkeit müssen nebeneinander bestehen und sich ergänzen. Gerade deshalb darf nicht Ungezügtheit in der Kritik das Fundament der kulturellen Freiheit selbst, den Staat antasten, und so sehr die Kultur dem Staat gegenüber autonom ist, so wenig darf sich der einzelne geistige Arbeiter einbilden, dem Staat als unumkehrbarer Souverän entgegenzutreten. (Sehr gut! links.)

Da uns ein gemeinsamer Glaube an absolute Werte fehlt, kann jeder einzelne den in uns lebendigen Willen zur Kultur nur auf Grund seiner persönlichen Wertehaltung betätigen. Wer einer Idee wirklich verbunden ist, blend ihm, wo immer er auch steht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Als Minister muß er für Menschen und mit Menschen arbeiten, deren letzte absolute Ziele andere als seine sind. Weder ihm noch dem Staat kann es einfallen, eine Kulturanfänger zur absolut gültigen machen zu wollen.

Was dem freien Weltgeist verbleibender Freiheiten erweist die Pflicht zur Toleranz. Toleranz heißt die Bevorzugung oder Verfolgung bestimmter Kulturrichtungen aus

Sind die Nachrichten aus einem großen Nachbarlande wahr, so kann man solche Methoden, einen unheilvollen Geistes zum Bekommen zu bringen, nur aufs tiefste bedauern; von der russischen Gewaltanwendung in gewissen Dingen trennt uns eine Scheidewand, die nicht zu durchbrechen ist. (Beifall.)

Sei uns nichtes weder eine Staatsreligion noch eine staatliche Lehrmeinung. In diesem Verzicht steht keine Schwäche und Unentschlossenheit, sondern nur eine gläubige Reue des freien geistigen Kampfes. Darum ist unsere Toleranz auch keine Anerkennung des Kampfes auf unbeschränkter Schimpflichkeit und vereinbar mit schärfster Unzulässigkeit gegenüber dem politischen Nihilismus. (Beifall! links.)

Unser Toleranz findet ihre natürliche Grenze an der Intoleranz gegenüber dem demokratischen Staat.

Nur wer den Staat als unabwehrbaren Rechtsboden achtet und seine Anhänger zu der Pflicht erzieht, die Person des Gegners aus dem Spiel zu lassen, kann von uns als Helfer am Werk der Erziehung anerkannt werden. (Sehr gut! links.) Unter dieser Voraussetzung wollen wir uns des geistigen Radikalismus der Jugend freuen; denn wer in seiner Jugend nicht radikal ist, hat kein Herz. (Sehr gut! links.)

Gerade um der Jugend willen aber müssen wir uns dagegen wehren, daß sie von gewissen Richtungen nur als Werkzeug in der politischen Arena gebraucht wird, und daß man ihr beibringt, die Verschiedenheit der politischen Auffassungen auf die Ebene der Moral hinüberzuspielen, in anderer Meinung den Ausdruck eines niederen Menschentums zu sehen. Wir müssen dagegen ankämpfen, daß man den Menschen nach der Gesinnung wertet, die er sich ins Knopfloch steckt. (Sehr gut! links.) Religiöses oder nationales Erleben eines Menschen ist nicht an die Zugehörigkeit zu bestimmten Parteien gebunden. Wir müssen an die subjektive religiöse Wahrheit des einzelnen glauben, gleichviel ob er die Triebfeder des Egoismus im Wirtschaftsleben für unethisch hält oder ob er es als Sozialist für unvereinbar mit dem Geiste des Evangeliums hält, die Wirtschaft auf den Eigenruhm zu gründen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die politischen Gruppen müssen darauf verzichten, die Jugend parteipolitisch festzulegen; die politische Erziehung der Jugend muß vielmehr mobil machen zu einem Kreuzzug gegen den Ungeist der politischen Verleumdung.

Alles Dienst am Staat beginnt mit der Entgiftung und Verankündigung des politischen Kampfes. (Beifall! links.)

Die parteipolitischen Schülerbünde wären in dem Augenblick für mich kein Gegenstand der Sorge mehr, in dem sie wirklich den heidnischen Anstich pflegen, die Selbstfreiheit und nicht die Jungellosigkeit, die Haltung und nicht den Kader. (Sehr gut! links.) Wer am Staat mitarbeiten will, darf kein Neutrum sein, aber er muß tolerant sein. Ueber die einzelnen schulpolitischen Probleme will ich mich nicht auslassen; meine allgemeine Stellung ist genügend bestimmt durch die Toleranz gegenüber den Konfessionen und gegenüber den Nichtkonfessionellen. (Beifall! rechts.)

Hingegen will ich Stellung nehmen zu zwei grundsätzlichen Fragen, die in fast allen Teilen meines Redeforts auftauchen, zum Berechtigungsweisen und zum Bildungsprivileg. Keine Gesellschaftsordnung der Welt wird auf ein vernünftiges Berechtigungsweisen ganz verzichten können; denn bestimmte Tätigkeiten kann man nicht von Menschen ausführen lassen, die infolge mangelnden Sachkenntnis zu einer Gefahr für die Gesellschaft werden könnten. (Sehr wohl! rechts.)

Aber wir leben längst in einer ungeunden Uebersteigerung des Berechtigungsweisen und müssen seinen Abbau schnellstens praktisch in Angriff nehmen.

Leider wird der Staat allein dem Berechtigungsweisen nicht bekommen können. Die grundsätzliche Entscheidung für die Aufnahme irgendeiner Tätigkeit darf nicht länger vom Nachweis eines bestimmten vorgeordneten Bildungsganges abhängen, sondern nur von der Feststellung der Möglichkeit erfolgreicher Mitarbeit, ganz gleich auf welchem Wege die Voraussetzung erworben wurde.

Niemandem darf der Weg versperrt werden, weil er nur Volksschulbildung hat.

(Sehr gut! links.) Leider schrauben alle Berufsstände die Ansprüche an die Vorbildung immer mehr in die Höhe, und die höheren Schulen wären längst Junglingsbewahranstalten geworden, wenn dem nicht der bewundernswerte Wille zur geistigen Leistung bei der Bedrängtheit gegenüberstände. (Sehr gut! links.) Die sich in der Volksschule als Annäherung der Persönlichkeit aufspüren, sollten endlich mit der Vorstellung aufräumen, daß Vorbildung entscheidet und nicht Leistung. Das geistige Wachstum der Menschen muß ja nicht unbedingt nach der Ausbildungszeit endgültig vorbei sein (Heiterkeit). Schließlich finden nach alle unsere amtlichen und wirtschaftlichen Organisationen auf das Niveau des kleinen Mädchens, das sein Reifeprüfungs neben den großen Reifeprüfungen stellt, damit es wachsen kann (Heiterkeit und Beifall).

Die Schulbildung ist im Leben für das Fortkommen nur eine Chance. Die abgeschlossene Volksschulbildung ist jedenfalls besser als die Bildung abgebrochener Gymnasialisten (Heiterkeit). Wir brauchen im ganzen öffentlichen Leben eine andere Wertung einer guten Volksschulbildung. Wir haben doch schließlich in der Republik mehr als einmal erlebt, daß Männer mit bloßer Volksschulbildung an entscheidender Stelle gutes Deutsch gesprochen haben, wenn alle anderen mit ihrem Latein zu Ende waren (Heiterkeit und lebhafter Beifall! links).

In diesem Sinne müssen wir den Kampf gegen das Bildungsprivileg führen. Die Persönlichkeiten aus allen Volksschulen zu suchen, ist der ständige Sinn der Demokratie. (Sehr gut! links.) Die Erlangung bestimmter Berechtigungen darf auch nicht in

der Praxis auf bestimmte Befähigungen beschränkt bleiben. (Braut bei den Soz.)

Zwölf Jahre Republik haben den Eindruck nicht vermischen können, daß die Erlangung der Berechtigungen eine Angelegenheit des Besizes und der privilegierten Klassen geblieben ist.

(Sehr gut links, Bewegung.) Der Staat kann ebensowenig Verantwortlichkeiten schaffen, wie er Kultur schaffen kann. Aber die Republik muß die Verkopplung von Besitz und Berechtigungsansprüchen zu lösen versuchen. Demokratie bedeutet nicht die gleiche Berechtigung aller für alles. Aber nur der Staat verdient den Namen einer Demokratie, der allen die gleiche Möglichkeit des Zugangs zu den Bildungsgütern schafft. (Stürmischer Beifall links, Zurufe bei den Komm.)

Sie haben wirklich recht, die Forderung ist gar nicht neu; sie steht mit fast den gleichen Worten im Art. 146 der Reichsverfassung. Die Forderung war in Weimar eine Selbstverständlichkeit, und niemals hätte die Sozialdemokratie dem Weimarer Schuldenprogramm zugestimmt, wenn nicht in ihm dieser Aufstieg der Begabten garantiert gewesen wäre.

Die nicht-besitzenden Volksschichten haben es geradezu als Verrat empfunden, daß man ihnen in den ersten zwölf Jahren der Republik jede Erfüllung dessen vorenthalten hat, was ihnen die Weimarer Verfassung in ihren Grundzügen feierlich zugesichert hat. (Stürmischer Beifall bei den Soz., große Bewegung.)

Ich bin auch heute noch überzeugt, daß meiner Forderung kein Widerspruch entgegenzusetzen wird; man kann höchstens über Wege, Möglichkeiten und Tempo der Verwirklichung streiten. Aber mir scheint, als ob für die Erfüllung der Verfassungsgrundsätze auf diesem Gebiet bisher herzlich wenig getan worden ist, und meine Hauptaufgabe werde ich darin erblicken, das Gefühl der Unerträglichkeit des gegenwärtigen Zustands immer wieder lebendig zu machen. (Behalter Beifall bei den Soz.) Immer wieder werde ich der Deutlichkeit den schweren Ernst dieses Fragenskomplexes vor Augen führen: der demokratische Staat, geschaffen durch die arbeitenden Schichten, muß das Verrecht der Besitzenden auf die Bildung aufheben und allen begabten Volksgenossen die Bahn frei machen für den Aufstieg durch Leistung. (Sehr gut links.) Selbst bei der ernstesten Wirtschaftslage dürfen wir nicht vergessen, daß dieses Problem mindestens so ernst ist: den breiten Massen aus der Gedrücktheit und dem Einzelsein des Daseins einen Ausweg zu eröffnen, der ihrem Leben Sinn und Zweck gibt.

Den Massen eine Perspektive zu eröffnen, wenigstens ihren begabten Kindern und Enkeln wachsende Lebensmöglichkeiten zu eröffnen, das ist die Aufgabe des Bildungsministers, demgegenüber jede andere von untergeordneter Bedeutung ist. Unter allen Aufgaben meiner Verwaltung ist die Befähigung des Bildungspriolegs die oberste.

(Behalter Beifall bei den Soz., Zurufe bei den Komm.) Das werden Sie auch nicht schafften! Ich verspreche nichts, denn ich kenne die Weite des Weges. Aber ich kenne auch meine und meines Ministeriums Entschlossenheit, diese unsere erste und wichtigste Aufgabe mit allen Kräften anzugreifen. Jeder Kultusminister muß sich als Exponent (Heißt es rechts!) der Sehnsucht der breiten Massen nach Bildung fühlen, und das um so mehr, je mehr er sich selbst als Persönlichkeit fühlt. Mit den Schlagworten Individualismus und Kollektivismus, Masse und Persönlichkeit, ist nichts Bedeutliches gesagt. Damit ist nur die französische Kunst, in Antiquitäten zu denken, großschön und schillerhaft kopiert. Das odium profanum vulgus des Horaz, das sich nicht Gemeinmachen mit der Masse, hat längst aufgehört immerer Stillschweigen der Persönlichkeit zu sein. Heute ist nur eine Persönlichkeit, wer das Abstandsgefühl zur Masse innerlich überwunden hat zugunsten des Verbundenheitsgefühls mit dem unbekannten Soldaten des Daseinstampfes. (Stürmischer Beifall links.)

Wenn heute das Gefühl für die Masse abgeht, kann diesen Mangel nicht durch die Einbildung wettmachen, er sei eine Persönlichkeit. Das Schicksal der Masse steht heute im Zentrum des geistigen und sittlichen Geschehens.

Bei aller Anankbarkeit des privaten Eigentums sollen Sie sich darüber klar: Besitz ist Schuld. (Große Bewegung.)

Persönlichkeit ist heute der gesteigerte Ausdruck überindividuellen Empfindens, ist heute ein Stück des Kollektivwillens unserer Zeit. Das ist kein Paradox, sondern die Anerkennung eines kulturellen Prozesses von ungeheurer Tragweite. Wer heute Persönlichkeit will, muß zur Masse streben. Als Sozialist will er durch Intensivierung und Organisierung der Wirtschaft die wirtschaftlichen Hemmnisse aus der Welt schaffen, die der geistigen Entfaltung aller Glieder des Volkes entgegenstehen. Das Ziel aller Kultur ist das Werden des Menschen als Träger geistiger Werte im Gleichbewußtsein des deutschen Volkes und das Erleben des deutschen Volkes selbst als Glied der Gemeinschaft aller Völker. (Behalter anhaltender Beifall links.)

Die Debatte, in der der Deutschnationale Deize, derentrumsführer Lauscher, Genosse König und der Kommunist Kusänder sprachen, fand in dem Hause nach dieser Rede nur noch wenig Beachtung.

Westarp und der Rundfunk.

Ein Vortrag über die deutschnationale Opposition.

Vor einiger Zeit hat Graf Westarp sein Rundfunkabonnement bei der Post gekündigt, weil er keine republikanischen Reden im Rundfunk hören wollte. Er hat damals diesen Schritt öffentlich bekanntgegeben. Die Demonstration hat nicht lange vorgehalten — gestern konnte man Graf Westarp selbst im Rundfunk über das Thema „Opposition und Staatsführung“ reden hören.

Seine Ausführungen begannen mit einem Vergleich zwischen der Stellung der Opposition in der konstitutionellen Monarchie und im demokratisch-parlamentarischen System, sie gipfelten in einer Verherrlichung der deutschnationalen Opposition als der Hüterin der wahren nationalen Gesinnung und des nationalen Widerstandswillens. Als das ideale Ziel seiner Opposition bezeichnete Graf Westarp die Ersetzung der republikanischen Verfassung von Weimar durch eine konstitutionelle Monarchie auf völlig legalen Wege. Im übrigen grenzte er sich gegen eine Katastrophepolitik nach Hugenberg-Muster ab und lautierte vorsichtig, um nicht Argumente gegen die Koalitionsfähigkeit seiner Gruppe zu schaffen.

Zwischenfall im Unterhaus.

Schließlich Sieg der Arbeiterregierung.

London, 31. März. (Eigenbericht.)

Den Konversations gelang am Montag insolge der Schwäche, die Regierung in einer Geschichtsfrage mit vier Stimmen in die Mehrheit zu bringen. Die Vertagung des Abstimmungsgegenstandes wurde von der Opposition mit Rufen „Zurücktreten!“ und ähnliches begleitet. Als die Konversations hierauf den Versuch machten, aus diesem Ueberwachungsgegenstand Fragen zu stellen und eine Vertagung der Sitzung durchzusetzen, gelang es den Mitgliedern der Arbeiterfraktion, die eilig aus den verschiedenen Ausschüssen herbeigerufen worden waren, diesen konservativen Plan zu durchkreuzen. Die Regierung erzielte eine Mehrheit von zehn Stimmen, so daß die Tagesordnung ungehindert fortgesetzt werden konnte.

Kleiner Aprilscherz.



Brüning: „Treten Sie nur auf diesen völlig sichern Boden...“



„April, April!“

Gebrochene Amnestie.

Zurückgekehrte Emigranten von litauischem Offiziergericht verurteilt.

Kowno, 31. März. (St-Expres.)

Vor dem Kriegsgericht in Schaulen standen sieben Teilnehmer des mißglückten Putschversuchs von Tauraggen. Sie waren nach dem Nihilieren des Aufstandes ins Ausland geflüchtet, kehrten jedoch nach Litauen zurück, als die litauische Regierung durch einen Aufruf allen freiwillig zurückkehrenden Emigranten Strafflosigkeit zusicherte. Sie wurden jedoch dem Kriegsgericht

übergaben mit der Begründung, daß die Strafflosigkeit nur für solche politische Vergehen zugesichert sei, die die Emigranten nach ihrer Flucht noch begangen hätten! Die Oppositionspresse hat daher der Regierung vorgeworfen, daß sie ihre Zusicherung willkürlich ausgelegt hat. Das Urteil lautete für einen Angeklagten auf lebenslängliches Zuchthaus, zwei wurden freigesprochen, die übrigen erhielten 6 bis 15 Jahre Zuchthaus.

Höllmaschine im Rathaus?

Ein geheimnisvoller Fund.

Gegen 1 Uhr nachts lief bei der Feuerwehr vom Pförtner des Berliner Rathauses die Meldung ein, daß er im Eingang zum Gebäude in der Königstraße eine Höllmaschine entdeckt habe. Näheres über die Art des seltsamen Fundes war bei Schluß des Blattes noch nicht zu erfahren.

Gemeindewahlen in Ost- u. S.

Deutscher Stimmenrückgang.

Kattowik, 31. März. (St-Expres.)

Bei den gestrigen Wahlen in die Gemeindevorstretungen Ost-Oberschlesiens hatten die Deutschen einen durchschnittlichen Stimmenverlust von 10 Prozent zu verzeichnen, der darauf zurückzuführen ist, daß seit den vorigen Wahlen (1926) viele Deutsche abzuwandern gezwungen waren. Inmitten haben sie zum größten Teil ihren Mandatsbesitz gewahrt, teilweise sogar Stimmen gewonnen. Von den 85 deutschen Mandaten entfallen 14 auf die deutschen Sozialisten, 46 auf die deutsche Wahlgenossenschaft, 4 auf die katholische Volkspartei und 8 auf baltische Listen. Weitere deutsche Mandate sind in verschiedenen örtlichen Einheitslisten enthalten. Für das Deutschtum schmerzhaft ist der Verlust der Mehrheit in Tarnowitz, wo ein geringer Stimmenrückgang infolge Listenverbindung der Polen einen Verlust von drei Mandaten zur Folge hatte. Der in den 85 Mandaten sich ausdrückende deutsche Gesamterfolg ist um so bemerkenswerter, als sowohl die Regierungspartei wie auch der Korstanty-Block die Porolle ausgegeben hatten, die deutsche Minderheit ganz aus dem Felde zu schlagen. Eigene Listen hatten die Deutschen in drei Städten, acht größeren Industrieorten und fünf Landgemeinden aufgestellt. In den übrigen kleineren Orten konnten eigene Listen nicht aufgestellt werden und die deutschen Stimmen kamen den polnischen Oppositionslisten zugute, auf denen auch einige Deutsche aufgestellt waren.

Der Senat gegen Tardieu.

Nur ein Budgetwölstel bewilligt.

Paris, 31. März. (Eigenbericht.)

Am Montag beschäftigte sich die Kammer mit dem Budgetproposition für April.

Als Tardieu im Herbst v. J. sein erstes Kabinett bildete, erklärte er, der „bisherigen Budgetschlamperei“ ein Ende machen zu wollen, und das Budget unbedingt bis 1. Januar unter Dach und Fach bringen zu wollen. Tardieu konnte aber auch dieses Versprechen nicht einlösen. Um seine Blamage zu vertuschen, legte er die Verlegung des Budgetjahres vom 1. Januar bis zum 1. April durch und gewann dadurch für die Erledigung des Budgets drei Monate. Wieder erklärte Tardieu bei seinem zweiten Regierungsantritt, daß dieser Termin unter allen Umständen innegehalten werden müsse, widrigenfalls er demissionieren werde. Und wieder wurde der Termin nicht innegehalten — und wieder demissionierte Tardieu nicht. Jetzt war es der Senat, der, nachdem die Kammer kurz vor Fortschluß mit der Budgetberatung endlich fertig geworden war, sich hartnäckig weigerte, einen 50-Milliarden-Etat, wie Tardieu es wünschte, im sechsstägigen

„rennen“ zu beschließen. Vielleicht hätte der Senat mit sich reden lassen, wenn nicht die Spannung zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Senat bestände, die letzteren veranlaßt, Tardieu, wo es nur geht, Schwierigkeiten zu bereiten. Es blieb somit Tardieu nichts übrig, als klein beigeben und vom Parlament ein Budgetwölstel zu verlangen.

Die Kammer hat nach kurzer Debatte das Budgetwölstel gegen die Stimmen der Sozialisten und der Kommunisten bewilligt.

Drei statt Fünfmächtepakt.

Voraussetz. des Erfolgs der Frottenkonferenz.

London, 31. März. (Eigenbericht.)

Die Stimmung auf der Frottenkonferenz war am Montag nach Beendigung der Sitzung der fünf Hauptdelegierten ausgesprochen pessimistisch. Sowohl in der Frage der politischen Sicherheit für Frankreich als in der Frage der Parität zwischen Frankreich und Italien ist die Sicherheit unverändert hoffnungslos, obwohl man offiziell immer noch mit einer Ueberwindung der Schwierigkeiten zu rechnen scheint.

Ramsay MacDonald erklärte im Unterhaus, daß die Regierung nach wie vor entschlossen sei, ein Abkommen zwischen sämtlichen fünf Konferenzmächten und nicht nur zwischen zwei oder drei von ihnen zustandzubringen. Während jedoch nach allgemeiner Auffassung der Fünf-Mächte-Pakt im höchsten Grade unwahrscheinlich geworden ist, sind die Aussichten für einen Drei-Mächte-Pakt zwischen England, Amerika und Japan während der letzten 24 Stunden günstiger geworden.

Aber Herr Curtius!

In seiner letzten Rede am Sonnabend abend vor der französischen Kammer hat Tardieu bei der Erörterung der Sanktionsfrage ein Wort zitiert, das ihm gegenüber Dr. Curtius im Haag gebraucht haben soll. Danach hätte der Reichsaussenminister geäußert, daß „nur eine Regierung von Verrückten“ den Young-Plan mutwillig zerreißen könnte. Tardieu glossierte diesen Ausspruch, indem er die Namen Hugenberg und Hitler nannte.

Dr. Curtius, der offenbar die löbliche Absicht verfolgte, durch diesen durchaus treffenden Ausspruch die Franzosen von der ausdrücklichen Erwähnung des „extremen Falles“ abzubringen, hat damals die Kreise gemeint, die das Volksbegehren in Szene gesetzt hatten und die auch nach dessen Mißerfolg verurteilt, sie würden, wenn sie ans Ruder kämen, den Young-Plan nicht anerkennen und nicht ausführen.

Bekanntlich gehörten dem „Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren“ an: Hugenberg, Hüter, Seidte, Schiele und Schwedt.

Herr Schiele hat sich zwar für den Landbund vom Zuchthausparagrafen 4 (mit Rücksicht auf Hindenburg) etwas distanziert, er ist aber im somwen „Reichsausschuß“ geblieben, als dieser Paragraf nur insofern abgeändert wurde, als zwar Hindenburg, aber nicht die Minister von der Zuchthausdrohung ausgenommen wurden. Herr Schiele ist ferner während der ganzen Volksentscheidungskampagne Mitglied jenes „Reichsausschusses“ geblieben, der sich nach dem Heretizfall vom 22. Dezember stolz verkündete, das „Gesetz gegen die Verfassung des deutschen Volkes“ sei in Wirklichkeit angenommen, da mehr Stimmen mit „Ja“ abgegeben worden seien als mit „Nein“.

Auf diese Leute vom „Reichsausschuß“ hat Dr. Curtius Tardieu gegenüber das harte Wort geprägt: „Eine Regierung von Verrückten“. Wird sich Herr Schiele dieses nachträglich bekanntgewordene Werturteil aus dem Munde seines neuen Kabinettskollegen gefallen lassen? Oder wird er die Aufhebung der Immunität von Dr. Curtius beantragen, um ihn gemäß dem Republikgesetz unter Anklage stellen zu lassen?

Aufführung in der Volksbühne

Michael Gold: „Das Lied von Hoboken“.

Eine amerikanische Komödie, die Verständnis für die traurige Lage der nach Amerika verplanten Regier wecken will. Der Versuch der Arbeiter, aus dem Stoff eine Art Dreigroschenoper zu machen, ist nicht gelungen. Dgr.

Bilanz der Angestelltenversicherung

80 Prozent der Rentenleistungen aus Zinsen.

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat in diesen Tagen den Bericht für das Geschäftsjahr 1929 veröffentlicht. Aus der Gewinn- und Verlustrechnung ergibt sich, daß die Beitragseinnahme rund 372,4 Millionen Mark betrug; sie ist gegen das Vorjahr um über 53 Millionen Mark gestiegen. Die Einnahmen an Zinsen beliefen sich im Berichtsjahr auf über 93 Millionen Mark. Auch bei diesem Einnahmeposten trat gegenüber dem Vorjahre eine wesentliche Steigerung, nämlich um über 26 Millionen Mark ein.

Der wesentlichste Ausgabeposten sind die Rentenleistungen. Zieht man von diesen Ausgaben die Rückstellungen von der Invalidenversicherung, vom Reich und von den anderen Versicherungsträgern für veranlagte Leistungen ab, dann bleibt als effektive Rentenleistung der Angestelltenversicherung ein Betrag von knapp 115 Millionen Mark. Es ergibt sich also, daß über 80 Proz. der tatsächlichen Rentenleistungen der Angestelltenversicherung allein aus den Einnahmen an Zinsen gedeckt werden. Am Schluss des Jahres 1929 betrug die Zahl der Ruhegeldempfänger 101 526, bei den Hinterbliebenenrentenempfängern die Zahl der Rentenfälle 59 838.

Die Zahl der Anträge auf Ruhegeld wegen Arbeitslosigkeit nach Vollendung des 60. Lebensjahres war im Verhältnis zur Gesamtzahl der Rentenanträge nicht sehr erheblich. Im ganzen wurden bis Ende 1929 1770 Ruhegelder auf Grund dieser Vorschriften bewilligt, 122 Anträge wurden abgelehnt. Es ist anzunehmen, daß eine größere Zahl von Anspruchsberechtigten aus Unkenntnis dieser gesetzlichen Regelung ihren Anspruch noch nicht geltend gemacht haben.

Von besonderem Interesse sind die Mitteilungen über die durchschnittliche Rentenhöhe. Danach hat sich diese gegenüber dem Vorjahre nicht wesentlich geändert. Bei den Ruhegebern ist infolge des starken Zuganges von Rentenberechtigten auf Grund des Gesetzes vom 7. März 1929, das bekanntlich eine Verlängerung der Wartefrist brachte und die eine verhältnismäßig niedrige Beitragsleistung aufwies, der Steigerungsbetrag der Angestelltenversicherung von durchschnittlich 23,76 Mark auf

22,75 Mark monatlich gesunken. Andererseits ist der Durchschnittsbetrag des Steigerungsbetrages der Invalidenversicherung infolge der Erhöhung durch das Gesetz vom 12. Juli 1929 bei den Wanderberechtigten gestiegen. Nur dadurch ist der Gesamtdurchschnitt sämtlicher Ruhegelder doch etwas gestiegen und betrug beim Ruhegeld ohne Kinderzuschuß am Jahreschluss 83,20 Mark, also 60 Pf. mehr als 1928. Die eigentliche Rentenleistung der Angestelltenversicherung betrug im monatlichen Durchschnitt am Jahreschluss 62,75 Mark, während sie Ende 1928 den Betrag von 63,76 Mark erreicht hatte. Der Bericht hebt weiter hervor, daß bei den auf Grund des Gesetzes vom 7. März 1929 neu bewilligten Renten der Durchschnitt wesentlich unter dem Gesamtdurchschnittsbetrag liegt; das gilt auch von den Ruhegebern wegen Arbeitslosigkeit.

Bei den einmaligen Leistungen besteht der Hauptausgabe-posten in Höhe von rund 4,8 Millionen Mark aus Erstattungen von Beiträgen im Falle der Verheiratung, wenn weibliche Versicherte die Wartefrist erfüllt haben und binnen drei Jahren nach der Verheiratung aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheiden. Diese weiblichen Versicherten würden richtiger handeln, wenn sie ihre Versicherung freiwillig aufheben würden.

Die Ausgaben für Gesundheitsfürsorge sind um rund 5,5 Millionen Mark gestiegen; sie beliefen sich auf rund 23,5 Millionen Mark. Die Zahlen über die bewilligten Heilverfahren lassen eine gewisse Besserung in der Praxis erkennen. Noch wie vor bleibt jedoch die Zahl der abgelehnten Anträge unerträglich hoch. Es muß deshalb wiederum nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Versicherten durch Anrufung des Bescheidwerdenschusses gegen Entscheidungen der Verwaltung Einspruch erheben können.

Die Vermögensentwicklung der Angestelltenversicherung war im Berichtsjahr sehr erfreulich. Am Ende des Jahres 1929 betrug das Vermögen über 1,3 Milliarden Mark. Der vorliegende Bericht beweist somit in seinen entscheidenden Positionen, daß der von der sozialdemokratischen Fraktion geforderte Ausbau der Angestelltenversicherung ohne Gefährdung ihrer künftigen Leistungsfähigkeit vorgenommen werden kann.

Landbund begünstigt Steuermogelei.

Was sagt Herr Minister Schiele dazu?

Das „Hildesheimer Volksblatt“ berichtet in Nr. 34 über eine Vertrauensmännerversammlung, die der Kreiswirtschaftsverband Marienburg vor einigen Wochen abgehalten hat. In dieser Versammlung führte ein gewisser Dr. Berg über die Einkommensteuerveranlagung für das Jahr 1928/29 sinngemäß aus:

Der Kreis Marienburg habe nachweisbar von sämtlichen Kreisen die niedrigsten Einkommensteuerverläge gehabt. Sie, meine Herren, haben auch 1927/28 wenig oder gar keine Steuern bezahlt, aber nicht verkoren können Sie, für 1928 noch weniger zu zahlen; Sie müssen schon damit rechnen, daß Sie dieses Mal mehr zahlen müssen, und zwar nach dem wirklichen Einkommen. Hinter den bisher geübten „Berechnungsmodus“ leitet auch schon die Finanzämter gekommen und bezahlt sei er nicht mehr „halbar“.

Nach den weiteren Feststellungen des „Hildesheimer Volksblattes“ wurde aus der Versammlung heraus zu dem Refus des Herrn Dr. Berg der Antrag gestellt, es den Mitgliedern gedruckt zugehen zu lassen. Der Antrag wurde abgelehnt!

Dr. Berg hat das deutlich ausgesprochen, was die Spähen schon seit Jahr und Tag von den Dächern pfeifen: Der Landbund sieht als eine seiner wichtigsten Aufgaben an, den Landwirten den Weg zur Steuermogelei zu zeigen und ihnen bei dieser Mogelei behilflich zu sein.

Der Landbund darf sich rühmen, ein guter Helfer der Landwirte zu sein. Wäre er es nicht, dann hätte Dr. Berg nicht davon sprechen können, daß die Landwirte des Kreises Marienburg 1927/28 wenig oder gar keine Steuern gezahlt haben, und dann hätte für die Versammlung auch keine Veranlassung vorgelegen, sich gegen die Veröffentlichung des Vortrages des Dr. Berg zu entscheiden.

Die Ausführungen des Dr. Berg in der Vertrauensmännerversammlung des Kreiswirtschaftsverbandes Marienburg sollten den Finanzämtern Beranlassung geben die Steuererklärungen derjenigen Landwirte, die dem Landbund angehören, mit weit größerer Gewissenhaftigkeit als bisher zu prüfen.

England und Aegypten.

Freundschaftsvertrag wird verhandelt.

London, 31. März. (Eigenbericht.)

Im Vornochal des Auswärtigen Amtes wurden die Verhandlungen über einen englisch-ägyptischen Allianzvertrag eröffnet.

Außenminister Henderson betonte in seiner Eröffnungsrede, daß die Verhandlungen darauf abzielen, den Völkern zu stärken und einen Freundschaftsbund zwischen den zwei Völkern abzuschließen, deren Interessen in so vieler Beziehung identisch seien. Aegypten müsse instand gesetzt werden, in der Gemeinschaft der Nationen die Rolle eines freien und unabhängigen Staates zu spielen, wie es der vergangenen Größe des Landes und seinen modernen Fortschritten entspreche. Er, Henderson, weigere sich trotz des Scheiterns verschiedener früherer Verhandlungen, an die Möglichkeit eines Zusammenstufes der Verhandlungen zu glauben.

Der ägyptische Ministerpräsident Rahas Pascha antwortete, seine Regierung sei überzeugt, daß die Verhandlungen zu einem glücklichen Abschluß gebracht werden müßten.

Ein Heimkehrerfall wurde in Hirtzenberg (Steiermark) verurteilt. Republikanische Schußwunden wurden mit Bierflaschen geworfen und sogar beschossen. Sechs Personen, darunter ein Polizeibeamter und zwei Arbeiterkommissare wurden verletzt. Die Gendarmerie zog schließlich einen Kordon um die Raubheide und zwang sie, geschlossen in Autos abzufahren.

Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Beirat: Dr. Curt Geper, Vorsitz: G. Altmeyer; Gewerkschaftsbewegung: J. Scherer; Revision: R. S. Scherer; Cofales und Co. Hirtzenberg; Arbeiter: H. Glaser; sämtlich in Berlin. Berlin: Hermann-Berlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermann-Berlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 1. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“

Rein Reichsentschädigungsamt mehr.

Die Restabwicklung der Kriegs- und Liquidationschäden.

Das Reichsentschädigungsamt für Kriegschäden, das im Juni dieses Jahres neun Jahre besteht, ist jetzt aufgelöst worden. Mit der Auflösung dieses Reichsamtes wird der Schlusssitz unter die sehr undankbare Arbeit dieser Behörde und zugleich unter das unerfreuliche Kapitel der Kriegs- und Liquidationschäden gezogen.

Welche gewaltige Arbeitsleistung von dem Reichsentschädigungsamt, das sehr oft im Mittelpunkt der öffentlichen Kritik stand, ausgeführt wurde, zeigt das jetzt zusammengestellte Endergebnis der gesamten Entschädigungsverfahren. In den knapp neun Jahren seiner Tätigkeit hat das Reichsentschädigungsamt 395 500 Schadenfälle mit einem Grundbetrag von mehr als elf Milliarden bearbeitet. Da diese Bearbeitung infolge der Inflation und unzähliger notwendiger Vorprüfungen nicht in einem Zuge durchgeführt werden konnte, erfolgte die Abwicklung in vier sogenannten Hauptverfahren. Das letzte Verfahren, die Schlussregelung, war durch das in der Öffentlichkeit und in den Parlamenten heftig umstrittene Kriegschadenschlußgesetz bestimmt. Bis zu diesem Zeitpunkt war eine Anzahl von Nebenmaßnahmen notwendig, um wirtschaftlich völlig entwurzelten und notleidenden Geschädigten durch Vorschüsse und Darlehen der verschiedenen Art zum Wiederaufbau ihrer Existenz zu verhelfen. Rechnet man alle diese Fälle in den einzelnen Entschädigungsverfahren, sowie die Beschwerdeverfahren zusammen, so

ergibt sich die enorme Zahl von 1665550 bearbeiteten Entschädigungsfällen.

Die insgesamt angemeldeten Schäden durch Eigentumsbeschädigung, Liquidation und sogenannte Gewaltchäden beliefen sich auf rund 11 Milliarden Mark. Die von dem Deutschen Reich aufgewandte Entschädigungssumme stellt sich auf insgesamt 2,28 Milliarden, von denen auf Grenzland Ost und Nord 563, auf Grenzland West rund 440, auf das Ausland 1117 Millionen und der Rest auf die früheren deutschen Schutzgebiete entfiel.

Von dem für die Schlussentschädigung in Vorschlag gebrachten 1,35 Milliarden Mark standen am 1. März 1930 noch 115 Millionen zur Verfügung. Der Präsident des Entschädigungsamtes warnt jedoch die Geschädigten, an diese Tatsache übertriebene Hoffnungen wegen einer eventuellen Herauslösung der Entschädigungsgütern zu knüpfen, da noch große Objekte im sogenannten End- und Nachentschädigungsverfahren zu erledigen sind. Die Restarbeiten des nunmehr aufgelösten Reichsentschädigungsamtes übernimmt die „Restverwaltung für Reichsaufgaben“ in dem gleichen Gebäude. Die auf Grund des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens neu aufgelegene Entschädigungsstelle unter Leitung des Oberregierungsrats Lazarus vom Reichsfinanzministerium arbeitet von dieser Restverwaltung völlig getrennt.

Zu Ehrenmitgliedern des Pariser Instituts für Soziologie wurden ernannt: Macdonald, Henderson, Hermann Müller, Franken und Dr. Curtius.

Heute zu Tiers:

Billige und gute Lebensmittel einkaufen

Verkauf schnell Vorrat - Mengenrabatte vorbehalten
Eier, Obst und Gemüse bleiben vom Versand ausgeschlossen

Preise Dienstag und Mittwoch. Telefonische Bestellungen bereits ab 8.30 Uhr

Obst- und Gemüse-Konserven

Brechspargel extra stark..... 2,95	Junge Erbsen fein, mit Karotten 1,25	Birnen 1/2 Frucht 98 Pf.
Brechspargel stark..... 2,85	Junge Erbsen mittel, u. Karotten 95 Pf.	Süßkirschen mit Stein..... 1,25
Brechspargel mittelstark 2,75	Gemischtes Gemüse fein..... 1,45	Sauerkirschen mit Stein 1,30
Brechspargel ohne Köpfe 1,90	Junge kleine Karotten..... 85 Pf.	Preisselbeeren 1,20
Junge Erbsen fein 1,25	Karotten geschulten 38 Pf.	Kaliforn. Pfirsiche 1/2 Frucht ... 1,45
Gemüseerbsen 55 Pf.	Span. Aprikosen 1/2 Frucht..... 1,25	Pflaumen mit Stein, 65 Pf. u. Stein 76 Pf.

FRISCHES FLEISCH

Kassler mild gepökelt..... Pf. von 1,24 an	Schweinebauch ohne Beilage, Pf. 98 Pf.	Suppenfleisch Pf. von 78 Pf. an
Rückenfett besterig, ohne Schmalz, Pf. 80 Pf.	Schweinekamm u. Schmalz, Pf. 1,28	Gehacktes Pf. 88 Pf.
Eisbein mit Splitteln, gepök., Pf. 68 Pf.	Kalbshamm ohne Beilage..... Pf. 78 Pf.	Pökelkamm mild gepökelt..... Pf. 1,24
	Berliner Bratwurst..... Pf. 1,14	

GEFRIERFLEISCH

Hammelvorderfleisch Pf. von 88 Pf. an	Rinderbacken frisch..... Pf. 58 Pf.	Schweineköpfe mit Backe, frisch, Pf. 48 Pf.
Hammelrücken Pf. 98 Pf.	Rinderlungen frisch..... Pf. 48 Pf.	Rinderkopschmalz frisch..... Pf. 1,18
Suppenfleisch Pf. von 74 Pf. an	Euler frisch..... Pf. 32 Pf.	Schweineleber frisch..... Pf. 98 Pf.

Fische u. Räucherwaren

- *Scho len 2 Pf. 25 Pf.
- *Kabe lau Pf. 20 Pf.
- *Kobe lau/lel Pf. 35 Pf.

*Zander gefroren, Pf. 48 Pf.

Makrele, Bückling etc. 24, 35 Pf.
Riesenslundern Pf. 48 Pf.
*Wer La-pulser Strasse, Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Holbeiner Damm, Belle-Alliance-Strasse, Wilmersdorfer Strasse, Chausseestrasse, Brunnenstrasse

Obst u. Gemüse

- Apfelsinen 5 Pf. 95 Pf.
- Blutapfelsinen 3 Pf. 68 Pf.
- Jaffa-Apfelsinen 3 Pf. 85 Pf.
- Bananen Pf. 38 Pf.
- Salat Kopf 15 Pf.
- Rote Rüben 3 Pf. 18 Pf.
- Zwiebeln 3 Pf. 15 Pf.

Konfitüre

- Aprikos., Johannisbeer 1,15
- Himbeer, Kirsch 1,30
- Erdbeer 1,40
- Ananas 1,40
- Pflaumen 90 Pf.
- Vierfrucht marmelade .. 85 Pf.

1929er Treiser 1 10 Greichen 1 10 Pf.

angenehmer Mehl. I. Fl. 110,50
Preis ohne Flasche

Käse und Fette

- Briekäse vollfett Pf. 82 Pf.
- Tilsiter vollfett. Pf. von 86 Pf. an
- Dän. Schweizer 100%, Pf. 90 Pf.

Molkereibutter Pf. 1 35

- Dän. Buller..... Pf. 1,55, 1,86
- Bratenschmalz Pf. 72 Pf.
- Griebenschmalz Pf. 72 Pf.

Wurstwaren

- Dampfwurst..... Pf. 98 Pf.
- Sülzwurst..... Pf. 98 Pf.
- Fetter Speck Pf. 1,08
- Feine Leberwurst... Pf. 1,45
- Zervelat oder Salami Pf. 1,68
- Schinkenspeck Pf. 1,80

Kolonialwaren

- Viktorio-Erbsen Pf. 18 Pf.
- Weisse Bohnen Pf. 28 Pf.
- Linsen Pf. 35 Pf.
- Pflaumen..... Pf. von 48 Pf. an
- Bakobst..... Pf. von 58 Pf. an
- Kakao Pf. 58 Pf.
- Kaffee 200 g. Packung, Pf. von 2,00 an

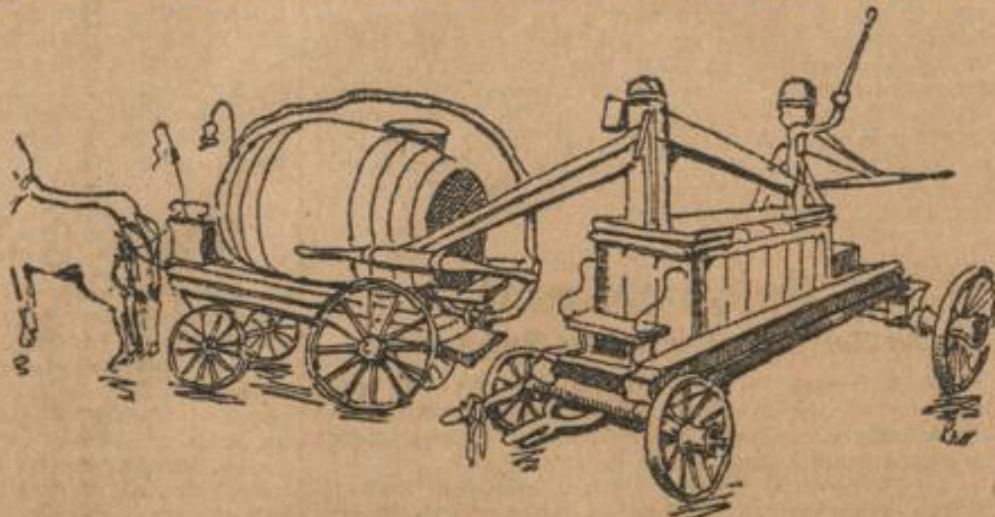
Himbeer- oder Kirschsaft 1 50

mit in Raffinade abgekocht. 1/2 Champ.-Fl. 1,70
Preis ohne Flasche

Hühner 88 Pf.	Enten 125 Pf.	Puten 105 Pf.	Gänse 70 Pf.	Eier 55 Pf.	Spinat 22 Pf.
gefroren, 10 Stück von 95, 88 Pf.	gefroren Pf. von 125 an	gefroren..... Pf. von 105 an	gefroren..... Pf. von 70 an	10 Stück von 55 Pf.	3 Pf. 22 Pf.

Das erneuerte Feuerwehrmuseum

Anlässlich der zu Beginn des kommenden Monats in Berlin stattfindenden Feuerwettbewerbsschau ist das alte Feuerwehrmuseum in der Suarezstraße einer gründlichen Umgestaltung unterzogen worden. Als im Jahre 1922 die Zentralisation der Berliner Feuerwehren erfolgte, fanden sich auf den verschiedenen Berufsfeuerwehren alle möglichen Geräte, historische Stücke, Brandobjekte usw., so daß es lohnend erschien, dies alles zusammenzufassen und auf der Feuerwache in der Suarezstraße 9/10 in Charlottenburg zur Ausstellung zu bringen. Die Räume liegen im zweiten Stockwerk der Wache. Im ersten Raum befinden sich komplette Fahrzeuge, alte Feuerspritzen, Wasserfontänen, Pumpwerke und der vor dem Kriege in Berlin in Verwendung gewesene Fontanemaß. Unter den Spritzen verdienen besonders zwei Stücke erwähnt zu werden, in erster Linie eine alte Feuerspritze mit kupfernem Wendrohr aus dem Jahre 1720, deren Radkränze noch nicht einmal beschlagen sind. Dieses Fahrzeug ist das einzige seiner Art in Deutschland. Eine zweite Feuerspritze hat die Form eines Röhrenfeldgeschützes mit einem abtropfenden Anhängemaßen. Außerdem sind hier eine ganze Reihe größerer Geräte, wie Halbmotoren, Wasserpumpen, Rettungsgeräte usw. Ein zweiter Raum enthält die Modelle von bespannten und unbespannten Fahrzeugen aller Jahrgänge bis zu den modernsten Löschzügen. Schließlich zeigt ein dritter Raum die Rettungsgeräte, Brandobjekte und Modelle von Feuerwachen. Bei den Rettungsgeräten ist eine vollständige Sammlung der in Berlin in Gebrauch gewesenen Apparate, teilweise in Naturgröße, teilweise in Modellen vorhanden. So u. a. Ruckschlüssel, Sprunglöhler, Rettungsstiefeln, Rettungshaken, Gurthaken und Rettungsapparate. Die Zusammenstellung der Ruckschlüssel- und Sauerstoffschlauchapparate bietet eine völlige Uebersicht der Entwicklung dieser Geräte von den Erstanfängen bis zur Gasmaske der Jetztzeit. Die Abteilung Ausrüstungsgegenstände zeigt die ältesten Berliner Feuertappen aus Blech



Alter Wasserwagen von 1854 und Spritze aus dem 18. Jahrhundert

vom Anfang des 19. Jahrhunderts, Feuerwehrmannstappen etwa aus dem Jahre 1850 und 1870, Feuerwehrhelme, Epaulettés, Feuerwehrmannsäcke, Gurte, Beile, Säbel, Seitengewehre, Signalfinstrumente und Nachtmächtigerrufhörner wie sie zur Bekämpfung des Feuers auf Türmen und auf der Straße noch Mitte des vorigen Jahrhunderts verwendet wurden. Besonderes Interesse verdienen die verschiedenen Brandreste: explodierte Stahlflaschen in bizarren Formen, Drahtglasstücke, die sich im Feuer wie Leig gebogen haben, eine halb geschmolzene elektrische Bogenlampe, geschmolzene Gießstücke, Gegenstände aus Leder, die sich im heißen Feuer in gradezu lächerlicher Weise zusammengedrückt haben, geschmolzene Wachskerzen aus einem Freiwartel, bei denen durch Beschmelzen des Wachsbesonderbare Gebilde mit träumerischen Augen entstanden sind. An den Wänden befinden sich Tafeln mit den Namen der in Ausübung ihres Berufes gefallenen Angehörigen der Berliner Berufsfeuerwehr, Bilder von Brand- und Unfallsstellen sowie statistische Darstellungen, die sich auf Brände, ihre Bekämpfung und Häufigkeit beziehen.

Das Museum ist täglich außer Sonntags von 10 bis 12 Uhr geöffnet.

eine Schöherlei aussetzte und Gurtsack wurde an die Luft gesetzt. In seinem alkoholfertigen Hirn dachte es; er riß die Tür auf, schrie ins Lokal hinein: „Kommt raus, Ihr seid fertig bei mir“, zog eine Parabelumpistole aus der Tasche und feuerte mehrere Schüsse ab. Eine Kugel traf einen vorübergehenden Reichensucher und zwei andere Wäfte des Lokals. Man eilte dem fliehenden Renntier nach, holte ihn ein, er hat: „aber Genossen, laßt mich los, ich werde politisch verfolgt“, man verprügelte ihn und brachte ihn zur Post.

Vor Gericht erklärte G., er habe nur auf den Boden geschossen, er sei aber in das Lokal gerannt worden, seine Hand habe dabei eine andere Richtung erhalten, und so seien die Wäfte getroffen worden. Eigentümlich, daß kein Schuß fehlgegangen war! Der 23jährige Gurtsack war aber bereits zweimal vorbestraft; einmal wegen Landfriedensbruchs und Ueberfalls auf Kassierinnen zu sechs Monaten Gefängnis und ein anderes Mal wegen eines ähnlichen Ueberfalls zu zehn Monaten Gefängnis. Erst im Juli vorigen Jahres hatte er das Gefängnis verlassen und im November schon wieder seine wahre Komposition gezeigt.

Die Schöherlei Ede Karriamen- und Raumystraße hatte bestimmt nichts Politisches an sich. Hier waren die Opfer einmal

Schießender Kommunist.

Vier Personen verletzt. — Zwei Jahre Gefängnis.

Wieder ein kommunistischer Schießbold vor Gericht! Zum Glück sind ihm diesmal nicht wie im Falle der beiden Sozialdemokraten Poage und Heinrich, Menschenleben zum Opfer gefallen. Vier Personen haben aber Schußverletzungen davongetragen, darunter ein alter Mann eine schwere Rippenverwundung. Und wie in jenem Falle war auch diesmal der Ausgangspunkt die Anwesenheit einer weiblichen Person. Das Urteil lautete wegen verübten Mordversuchs in vier Fällen auf drei Jahre Gefängnis.

Am 28. November gegen 11 Uhr fandete der 23jährige Arbeiter Gurtsack nach einer Bierreise Ede Karriamen- und Raumystraße. Vor dem Lokal N. unterhielt sich ein Mann mit dem 13jährigen Wirtstochterlein. Gurtsack begrüßte das Mädchen mit den Worten: „Guten Abend, mein Kindchen“. Der Konobar glaubte, seine Dame gegen das Anknöpfen durch den unbekanntem Mann in Schutz nehmen zu müssen und warnte G. einen Schuß. Gurtsack begab sich in das Lokal, bekam hier statt des bestellten großen Glases nur ein kleines Glas Bier, es kam zu einem Wortwechsel, der in

einem Schöherlei aussetzte und Gurtsack wurde an die Luft gesetzt. In seinem alkoholfertigen Hirn dachte es; er riß die Tür auf, schrie ins Lokal hinein: „Kommt raus, Ihr seid fertig bei mir“, zog eine Parabelumpistole aus der Tasche und feuerte mehrere Schüsse ab. Eine Kugel traf einen vorübergehenden Reichensucher und zwei andere Wäfte des Lokals. Man eilte dem fliehenden Renntier nach, holte ihn ein, er hat: „aber Genossen, laßt mich los, ich werde politisch verfolgt“, man verprügelte ihn und brachte ihn zur Post.

Vor Gericht erklärte G., er habe nur auf den Boden geschossen, er sei aber in das Lokal gerannt worden, seine Hand habe dabei eine andere Richtung erhalten, und so seien die Wäfte getroffen worden. Eigentümlich, daß kein Schuß fehlgegangen war! Der 23jährige Gurtsack war aber bereits zweimal vorbestraft; einmal wegen Landfriedensbruchs und Ueberfalls auf Kassierinnen zu sechs Monaten Gefängnis und ein anderes Mal wegen eines ähnlichen Ueberfalls zu zehn Monaten Gefängnis. Erst im Juli vorigen Jahres hatte er das Gefängnis verlassen und im November schon wieder seine wahre Komposition gezeigt.

Die Schöherlei Ede Karriamen- und Raumystraße hatte bestimmt nichts Politisches an sich. Hier waren die Opfer einmal

Schiffszusammenstoß in Amerika.

Zehn Tote, zwölf Verletzte.

Portland (Oregon), 31. März.

Das Bergungsboot „Swan“, auf dem sich eine durch zwei Decks gehende große Tanzhalle befindet, wurde bei St. Helens am Columbiafluß von dem Küstendampfer „Davenport“ gerammt. Der Bug der „Davenport“ zerstückelte die Seitenwand der „Swan“ und drang tief in das Tanzdeck ein, auf dem sich gerade eine große Anzahl von Tänzenden befand. Zehn Personen wurden getötet, zwölf verletzt.

Da das Bergungsboot auf eine Sandbank aufstieg und so vor dem Sinken bewahrt wurde, konnte die Mehrzahl der 286 Passagiere ohne Schwierigkeiten und rasch gerettet werden. Der Dampfer, der die „Swan“ im Schlepptau hatte, wurde bei dem Zusammenstoß led und sank.



Bei der Kapitänswitwe Wette Frederiksen wohnt seit einigen Monaten ein junger Schriftsteller, Torben Rist, der angeblich aus Norwegen gekommen sein soll. Wer ihn gesehen hat, würde jedoch darauf schwören, daß er ein Italiener oder Argentinier ist: olivengrüner Teint, mandelförmige dunkle Augen und eine so langsame Art zu sprechen, als wäre er nicht ganz vertraut mit unserer Sprache. Außerdem hat der geheimnisvolle junge Mensch die seltsame Gewohnheit, auch bei hellem Sonnenschein in einem schwarzen Mantel mit breitem, in der Taille stark zusammengezogenen Gürtel herumzugehen, eine Mode, die die Lynder Jünglinge zu imitieren eifrig bemüht sind, denn natürlich hat der schöne Torben Rist schon so manches Mädchenherz auf der Insel gebrochen, schon so manche Mädchentränen dürste in den letzten Monaten um seinetwillen geflossen sein. Seine Hausfrau, Frau Wette Frederiksen, die vor zehn Jahren Mann und Sohn in einer Nacht auf hoher See verloren hat, betreut ihn auf das rührendste und trotz jedem, der zu munkeln wagt, Torben Rist sei ein Anarchist oder Bolschewik, beinahe die Augen aus. Was wird die Arme wohl jetzt sagen, da Sändrups Aftenbladet, das einzig wirklich rührige Organ in diesem verfluchten Städtchen, die wahrhaft sensationelle Meldung bringt, Fähmann Hansen hätte in der Unglücksnacht knapp vor der Explosion einen Menschen in schwarzem Mantel, der sich nicht zu erkennen geben wollte, nach Lynö übergeleitet.

Nun, ich will jedenfalls in diesem Feuilleton, das eine Mitteilungsüberung und nichts anderes ist und sein soll, der Untersuchung, die nun wohl endlich von zuständiger Stelle geführt werden wird, nicht weiter vorzreifen.

Eines aber ist jedenfalls bedauerlich: mit dem Sommerfrieben und der stillen Behaglichkeit von Lynö, das eben jetzt seine strahlende Ostbilute im milden Licht der langen Abende duffen läßt, ist es bereit ein für allemal vorbei. Höchstens daß der Krug und das kleine rote Badehotel ein paar Journalisten und Reporter aus aller Herren Länder beherbergen wird.

Sändrups Aftenbladet, 21. Juni 1929:

Verhaftung des Schriftstellers Torben Rist.

Gestern abend um 10 Uhr wurde der auf Lynö mohnhafte Schriftsteller Torben Rist unvermutet verhaftet. Wie verlautet, soll diese Verhaftung mit dem Brand des Aarefunder Badehäuschens in Zusammenhang stehen. Wir wollen nur hoffen, daß unsere Behörden sich nicht durch das Kesseltreiben gewisser sensationellster Kreise zu einem unbedonnenen Schritt verleiten lassen. Der junge Mann, der seit März dieses Jahres bei der allgemein im höchsten Ansehen stehenden Witwe Wette Frederiksen wohnt, von der er als überaus angenehmer, stiller und wohlbezogener Mieter geschätzt wird, war bei seiner plötzlichen Verhaftung wie vom Donner gerührt. Frau Frederiksen ist übrigens bereit zu beschwören, daß Herr Rist in der bewußten Nacht ihr Haus überhaupt nicht verlassen hat.

Sändrups Aftenbladet, 21. Juni 1929:

Eine sensationelle Verhaftung. — Der Täter aus dem Fenster gesprungen.

Wer ist Herr Torben Rist?

Gestern abend ermannen sich unsere Behörden endlich so weit, daß sie den Schriftsteller Torben Rist, der ohne Zweifel mit Fähmann Hansens „Mann im schwarzen Mantel“ identisch ist, verhaftete. Wie sehr es an der Zeit war, sich zu diesem notwendigen Schritt zu entschließen, beweist die Tatsache, daß Rist, der eben in seinem Zimmer mit dem Ordnen seiner Papiere beschäftigt war, beim Anblick der Polizisten in einem Satz zum Fenster hinaussprang, wo ihn zwei andere Polizisten, die zum Glück vor dem Hause auf Posten standen, in Empfang nahmen und nach Ueberwindung heftigsten Widerstandes auf die Polizeistation von Sändrup brachten.

Der Verbrecher leugnet bis jetzt standhaft, soweit er sich überhaupt entschließt, die Fragen, die man an ihn stellt, zu beantworten. Unter seinen Sachen fanden sich unerklärlich viele dänische, norwegische, schwedische und englische Zeitungen, ein Mädchenkopf in Aquarell gemalt, ein Hausen überaus anfälliger erotischer Gedichte — ein in weißes Seidenpapier gewickeltes blaues Band!

Da Herr Rist erwiesenermaßen zu der jungen Russin in engen freundschaftlichen Beziehungen gestanden hat und außerdem erwiesenermaßen knapp vor der Explosion bei Aarefunder mit der Fähre nach Lynö fuhr, wird das Verschwinden des jungen Mädchens sowie die Zerstörung des

loftbaren Badehäuschens wohl bald eine Erklärung finden. Vor allem aber wird es Aufgabe der Behörden sein, endlich zu eruieren, wer dieser fonderbare „Schriftsteller“, der ausgerechnet in Frau Wette Frederiksens Häuschen seine erotischen Gedichte schreiben mußte, eigentlich ist.

Der Insel hat sich eine begreifliche Erregung bemächtigt. Arme keine Offipowna!

Dagens Nyheder, Kopenhagen, 22. Juni 1929:

Lustmord auf Lynö? — Der Verbrecher bereits in Haft.

Die kleine Insel Lynö steht unter dem Zeichen von unheimlichen Ereignissen. Vorgestern nacht wurde der Schriftsteller Torben Rist, der bei einer Kapitänswitwe Frederiksen wohnt, unter dem dringenden Verdacht, an dem Verbrechen der Offipowna und der Explosion von Aarefunder schuldig zu sein, in Haft genommen. Wie berechtigt diese Maßnahme war, ergibt sich schon allein aus der Tatsache, daß der Mörder, als die Polizeibeamten sein Zimmer betreten, zum Fenster hinaus zu fliehen versuchte und nur mit größter Mühe überwältigt und nach Sändrup gebracht werden konnte. Unter seinen Sachen fand sich bei der Hausdurchsuchung schwer belastendes Material.

In Lynö und Sändrup schwirrt es nur so von unheimlichen Gerüchten. Wenn man den Erzählungen der Frauen und Mädchen, die sich nur langsam und schamhaft mit ihren Erlebnissen vorwagen, zuhört, muß Torben Rist geradezu ein erotisches Ungeheuer gewesen sein. Ja nicht einmal bei Kindern scheint seine schier unbeschreibbare erotische Gier halt gemacht zu haben.

Wir werden unsere Mitarbeiterin, Fräulein Birgit Hofsting, die durch ihre Freundschaft mit Frau Helene Delius mit den Verhältnissen auf der Insel besonders gut vertraut ist, nach Lynö entsenden, damit sie nicht nur der schwergeprüften Sängerin mit Rat und Tat zur Seite stehen, sondern uns auch auf das genaueste über jede Wendung, die dieser entsetzliche Fall voraussichtlich noch nehmen wird, Bericht erstatten kann.

Die Untersuchung wird, da der erfahrene Kriminalist des Amtsgerichts Sändrup, Niels Bessel, sich derzeit zur Erholung nach einer schweren Grippe in Italien befindet, in die Hände des jungen Untersuchungsrichters H. G. Jakobsen gelegt werden. Wir wünschen Herrn H. G. Jakobsen viel Mut und Glück zu diesem seinem schweren Debüt.

(Fortsetzung folgt.)

Kampf um die Markthallen.

75000 Standinhaber in ihrer Existenz bedroht.

Gegen den dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwurf zur Umänderung der Gewerbeordnung erhoben die Berliner Markthallen-Standinhaber in einer stark besetzten Kundgebung im „Clou“ Protest.

Der Bundesvorsitzende des Reichsverbandes der Markthallen-Standinhaber, Fritz Reuter, meinte, daß durch eine eventuelle Annahme des Gesetzentwurfes in seiner jetzigen Fassung Hunderttausende von Handels- und Gewerbetreibenden in ihrer Existenz bedroht würden. Versorgung der großstädtischen Bevölkerung würde in preisbildnerische Bahnen gelenkt. Staat und Gemeinden würden auf das stärkste geschädigt. Der Markthallenstandinhaber ist dem Einzelhändler im stehenden Gewerbe gleichberechtigt, es dürfte bei der durch die Verfassung gewährleisteten Handels- und Gewerbetreibenden auf den freien Wochenmärkten, Wille, versichert, daß in diesem Kampf sein Verband Schulter an Schulter mit den Markthallen-Standinhabern stehe. Die Kleinhandlärer seien auf Tod und Geduld mit den großen konsumierenden Käufer-schichten des Arbeiterstandes verbunden. Markthallendirektor Morawski versicherte den Anwesenden die vollste Sympathie und Unterstützung des Berliner Magistrats. Es ginge nicht an, 75000 Standinhaber und ihre Familien in Berlin mit einem Federstreich brotlos zu machen.

Der Versammlungsleiter konnte zum Schluß noch von der sehr eigenartigen Maßnahme der Staatspolizei in Braunschweig berichten, die am Sonnabend dortigen Markthallern mit Bürstenwaren, Schokolade und Zucker bereits die Handelserlaubnis entzogen habe. Eine Resolution, die die Gleichstellung des Warenverkaufs in den Markthallen mit dem Warenverkauf in den offenen Verkaufsstellen des stehenden Gewerbes fordert, gelangte einstimmig zur Annahme.

Zwei Tote bei einem Autounglück.

In der Dunkelheit gegen einen Baum gefahren.

In der Nacht von Sonnabend zum Sonntag ereignete sich auf der Chaussee zwischen Ahrensfelde und Blumberg vor den Toren Berlins ein schweres Autounglück, das zwei Tote forderte.

Eine mit fünf Personen besetzte Omnibulle, die sich auf der Rückfahrt nach Berlin befand, kam aus noch nicht völlig geklärt Ursache ins Schleudern und raste gegen einen Chausseebaum. Das Fahrzeug wurde völlig zertrümmert. Der Führer des Wagens, Walter Menzel aus der Roselstraße in Weihensee, wurde auf der Stelle getötet. Eine Mitfahrende, Fräulein Frida Appel, aus der Palsbudenstraße erlitt so schwere Verletzungen, daß sie auf dem Transport ins Bernauer Krankenhaus starb. Auch die übrigen Mitfahrenden — zwei Damen und ein Herr — trugen erhebliche Verletzungen davon, doch gibt ihr Zustand glücklicherweise zu Befürchten keinen Anlaß.

Zwischen Strausberg und Alt-Vandsberg fuhr der Motorradfahrer Ehler aus der Hofmannstraße in Berlin, der im Beiwagen Frau und Kind mit sich führte, gegen einen Baum. Das Ehepaar erlitt schwere Verletzungen und das Kind, das bei dem Anprall hinausgeschleudert wurde, verunglückte tödlich.

Ein drittes schweres Autounglück ereignete sich am Spätnachmittag des Sonntags auf der Chaussee Berlin — Marzahn. Der Führer eines Lastautos, Oswald Mahler aus der Prinz-Albert-Straße in Lichterberg, geriet mit seinem Fahrzeug auf den Sommerweg und fuhr in voller Geschwindigkeit gegen einen Baum. Er selbst kam wie durch ein Wunder mit leichten Verletzungen davon. Dagegen wurde sein Mitfahrer Karl Cornelius aus der Lückstr. 27 so unglücklich gegen die Wand des Führerhauses geschleudert, daß er einen doppelten Schädelbruch erlitt. Der Verunglückte starb auf dem Wege zum Krankenhaus.

Fußspuren im Jakubowski-Prozess.

Neustrelitz, 31. März.

Am Montag vormittag nahm im Gelben Saale des Neustrelitzer Schlosses die Jakubowski-Rogens-Verhandlung ihren Fortgang. Der junge Dünker, der Vormund des kleinen Ewald, betonte, daß er bei der Ausgrabung der Leiche des kleinen Ewald Fußspuren am Kaninchenloch entdeckt habe. Diese Äußerung des Zeugen führt zu einer lebhaften Aussprache zwischen dem Verteidiger des Fritz Rogens, dem Oberstaatsanwalt und dem Nebenkläger Rechtsanwalt Dr. Brandt, über die Art der Fußspuren. Der Zeuge Oberlandjäger Wibbert erinnert sich an die Fußspuren beim Kaninchenloch nicht mehr. Er fand jedoch auf halbem Wege zur Heideklatsch Fußspuren, die er mit den Stiefeln des Jakubowski verglich. Die Spuren waren aber vom Regen stark verwischt, so daß ihnen keine Bedeutung beizumessen war.

Frühlingskonzert des Schwarzmeier-Chors.

Die frühliche Sängerschaft des rühmlich bekannten Schwarzmeier'schen Kinderchors, der schon seit längerer Zeit von Schwarzmeiers bewährtem Nachfolger, dem Chormeister Bernhard Klaut, geleitet wird, gab am Sonntag das diesjährige Frühlingskonzert. Der große Saal der staatlichen Musikhochschule (Hardenbergstraße), der für diese Veranstaltung die passende und würdige Stätte ist, war gut besucht. Kellere und neuere Volks- und Kunstsieder, die der von Klaut trefflich geführte und sicher geführte Chor strotzt und klugvoll vortrug, wurden von der erfreuten Zuhörerschaft mit stürmischem Beifall aufgenommen. Wir müssen bei diesen Leistungen immer wieder berücksichtigen, daß

die Ausbildung eines solchen Kinderchors eine eigenartige und nicht leichte Aufgabe ist. Man kann da nicht, wie bei den Chören von Erwachsenen, sich auf einen festen Mitgliederstamm stützen, sondern hat sich mit einem häufigen Wechsel von Austretenden und Neueintretenden abzufinden. Was trotz dieser Schwierigkeit durch unablässige Schulung erreicht werden kann, hat der Schwarzmeier'sche Kinderchor in vielen erfolgreichen Konzerten gezeigt, und er zeigte es am Sonntag aufs neue. In dem Konzert wirkten Gertrud Hamacher-Krienitz (Gesang) und Hans Martin Theopold (Klavier) mit. Auch sie ernteten verdienten Beifall.

Volk, hab' acht!

Vier Massendemonstrationen des Reichsbanners.

Die Mahnworte des Arbeiterdichters Karl Bröger geben das Thema für vier große Massendemonstrationen mit anschließenden Demonstrationen, zu denen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold für Mittwoch, den 2. April, um 20 Uhr aufgerufen hat.

Die Kundgebungen finden an folgenden Stellen statt: Rudolf-Wilde-Platz vor dem Schöneberger Rathaus (Kreis Westen), Brunnenplatz (Kreis Norden), Dranienplatz (Kreis Süden), Kästner-Platz (Kreis Osten).

Kein Republikaner darf bei diesen Kundgebungen fehlen, denn mehr als je gilt der Ruf: „Volk, hab' acht!“

Märzfeier des Reichsbanners.

„Revolutionen und ihre Menschen.“

Am Sonntag mittag marschierte das Berliner Reichsbanner zum ersten Male seit Aushebung des Demonstrationsverbotes in geschlossenen Formationen durch die Straßen des Berliner Norden. Im Saalbau Friedrichshain veranstaltete das Reichsbanner eine Morgenfeier für die Opfer der Revolution. Nach der Feier marschierte das Reichsbanner geschlossen zum Kramplatz.

In dem reich mit schwarzrotgoldenen Fahnen geschmückten Saalbau nahm die Veranstaltung einen glänzenden Verlauf. Nach dem Einzug der Fahnen Trommelwirbel, Fanfarenspiel. Ein Sprecher spricht begeistert Verse der Revolutionsdichter. Dann ergreift Reichstagsabgeordneter Aufhäuser das Wort. Die ersten Kämpfe seien in Anerkennung der Arbeit im Staate geführt worden. Im November 1918 habe die deutsche Arbeiterschaft um die politische und soziale Freiheit gekämpft. Die erworbenen politischen Grundrechte seien nie stärker bedroht gewesen, als im gegenwärtigen Augenblick. Die Arbeiterschaft aber werde sich ihre politischen Grundrechte und auch ihre sozialen Erwerbungen nicht nehmen lassen! Der Redner erinnerte an den heldenhafte Kampf gegen den Kapp-Putsch. Damals ging es weniger um Lohn und Brot sondern um

Funkwinkel.

Die Uebersetzung der Romanischen Komödie „Eins, zwei, drei“ aus dem Berliner Theater am Sonntag Abend zeigt von neuem, daß zwischen Opern- und Schauspielübertragungen große Qualitätsunterschiede liegen. Die Komödie leidet unter Undeutlichkeiten, ein Uebelstand, der durch den ständigen Schauspielwechsel, durch die Bewegung des Schauspielers hervorgerufen wird. Ferner aber erschwert das Minispiel, die Haltung ebenfalls über die Wirkung, so daß selbst Ballenberg stellenweise bloß bleibt. Man muß bei Schauspielern eben entscheiden für das für den Rundfunk eingerichtete Schauspiel eintreten. Somit bietet das Programm viel Musik. Der Schauspielübertragung geht ein gutes Orchesterkonzert voraus, und am Nachmittag singt der Schwarzmeier'sche Kinderchor ältere und neuere Volkslieder. Er bietet einen erwählten Genuß. Die Frische und Fülle der Stimmen erfahren keinen Schaden durch die Uebersetzung. Sogar seine Nuancen in Ausdruck und Stimmstärke bleiben unverwischt. In der Märchenstunde erzählt Käthe Gräber Jägermärchen. Es ist eine Welt, die dem weuropäischen Menschen etwas fern liegt, sogar in dieser märchenhaften Ausprägung, aber Käthe Gräber ist eine vorzügliche Sprecherin, die ihren Vortrag besetzt, ihn einfach hält und doch eine spielerische Lebendigkeit entfaltet.

Traurige Dinge meldet am Montag Regierungsrat Dr. Kuhnert über die Ueberfüllung der akademischen Berufe. Statistische Feststellungen ergeben einen ungeheuren Ueberfluß an Akademikern, die vorläufig in keine angemessene Stellung hineinkommen können. Ganz kurz weist Kuhnert auf die Gründe für dieses Ueberangebot hin. Es ist eine etwas oberflächlich gehaltene Skizze, denn der Vortragende bleibt beim Negativen stehen. Er weist nur schüchtern auf Wege zu einem Ziel der Besserung hin. Ein Vorhaben übrigens, das bisher niemals zu einem positiven Resultat geführt hat. — Dr. Hans Hartmann bemüht sich um eine Analyse des englischen Arbeiters. Er betrachtet das ganze Problem von dem bürgerlichen Standpunkt des Festlandbewohners, und zwar besonders von dem eines aufgestiegenen Aristokraten aus; er sieht es wie ein Uebel an. Die Perspektive scheint manchmal fahrig zu sein, trotzdem merkt man wenigstens den Versuch, ein objektives Bild zu gestalten. Es wäre jedoch besser, wenn diese Analyse vom sozialdemokratischen Standpunkt aus vorgenommen wäre. — Der Dramatiker Georg Kaiser spricht über sein Leben. Mit beherzter Ironie, mit einer männlich unterdrückten Träne und mit jähwiedererquickender Kürze malt er ein ernstes und doch groteskes Bild in grellen Farben. Die dramatischen Anlegenheiten werden nur gestreift. Allein die Triebkräfte des Lebens, die ewige Dummheit der Menschen scheinen in Spermid. Ein wütender Witz, mit strammer Haltung vorgetragen, ein Witz, der vielleicht tiefere Erkenntnisse vermittelt als eine bildschöne Lebenserzählung. — Ueber das Prager Quartett ist hier bereits an anderer Stelle geschrieben worden. F. Sch.

die politische Freiheit! Ein ungebeugter Abwehrwille befehle auch heute die Arbeiterschaft. Das sei vor allem denen gesagt, die mit dem Artikel 48 spielen und vielleicht glauben, eine halb-faschistisches Regime in Deutschland errichten zu können. Die Masse der Republikaner, die sich einem derartigen Versuch entgegenstellen würde, ist heute noch verstärkt durch eine mächtige Organisation, das Reichsbanner. Der Volksstaat muß getragen sein von schaffenden Völkern. In diesem Wollen haben die Arbeiter 1848 auf den Barricaden gestanden, haben die Soldaten 1918 Deutschland vor dem Chaos gerettet. Wir kämpfen heute nicht mehr allein um die Staatsform, sondern vor allem um ihren sozialen Inhalt.

In den Straßen Berlins wurde der erste Aufmarsch des Reichsbanners, der durch Trachten der Freiheitskämpfer ein besonderes Gepräge erhielt, stürmisch begrüßt.

Wieder Frühling in Berlin.

Das prächtige Frühlingswetter, das seit Mitte der letzten Woche eingekehrt hat, führte vor allem am Sonntag, daneben aber auch in den Abendstunden des Sonnabends und des Montags, zu einer außergewöhnlichen Belegung des Groß-Berliner Nahverkehrs. In Massen fuhrn die Großstädter hinaus in die reizvolle Umgebung der Reichshauptstadt, um sich an dem Erwachen der Natur zu erfreuen. Selbst die Regenschauer, die am Sonntag um die Nachmittagsstunden auf das bekannte, heimtückische „Aprilwetter“ schon am vorherigen Tage des März hindeuteten, schreckten nicht ab.

Die Zahlen, die über den Nahverkehr bekanntgegeben werden, liegen noch höher als am ersten Frühlingssonntag vor acht Tagen. Es war starke Arbeit zu leisten, um die Scharen der Ausflügler zu befördern. Das beweist schon die Gesamtzahl von 4 350 000 Personen, die am Sonntag den Nahverkehr benutzten. Es entfielen auf die Stadtbahn 1 642 000, auf die Omnibusse, die übrigen ihren Ausflugsverkehr nach Wandlitzsee, Rehlitz, Schildhorn, Mellensee usw. wieder aufgenommen haben, 680 000 Personen und auf die Hoch- und Untergrundbahn 490 000. Im Reich der Stadt, Ring- und Vorortbahn endlich wurden 1 550 000 Fahrgäste befördert. Die stärkste Verkehrszeit hatte Grünau, das von 32 000 Ausflüglern aufgesucht wurde. Es folgten im Berliner Osten Köpenick mit 25 000, Friedrichshagen mit 21 000, Rahnsdorf und Erkner mit 11 000 Fahrgästen. Zum Reimen noch Strausberg jahren 13 000 Berliner. Im Westen wurden in Potsdam und Grunewald je 21 000 Personen und in Wannsee 14 000 gezählt. Ansehnliche Ziffern, die beweisen, wie sehr es den Berliner am Sonntag aus der Enge der Großstadt hinausstreift!

Uebrigens zeigten auch die Wasserflächen der Seen in der Umgebung Berlins erwachendes Leben. Man sah Paddler, Ruderer und Segler unterwegs. Etliche Vereine feierten den Anbruch des Frühlings durch die altbeliebte währliche Jungfernfahrt. Die Gaststätten in der Umgebung Berlins konnten mit dem Saisonbeginn zufrieden sein.

Geglückter Ozeanflug.

Dornier-Wal-Flugboot auf den Kanarischen Inseln.

Das von der Deutschen Luft Hansa zu einem Erkundungsflug nach den Kanarischen Inseln entsandte Dornier-Wal-Flugboot D 1647 Bremerhaven hat die letzte Etappe mit bestem Erfolge zurückgelegt. Am 6.50 Uhr in Cadix gestartet, traf das Flugboot bereits um 13.30 Uhr in der Gando-Bucht bei Las Palmas auf Gran Canaria ein und entwickelte, von Rückenwind begünstigt, damit auf der fast 1300 Kilometer langen Strecke eine Geschwindigkeit von 200 Stundenkilometern. Nach einer Mittellung des Leiters dieses Luftfahrt-Versuchsfluges, Bertram, ist das gesamte Unternehmen, welches von Lübeck-Trarup über Southampton—Coruna—Cadix nach Las Palmas in vier Etappen führte, bisher zur vollsten Zufriedenheit verlaufen.

Strafrechtspflege und Psychoanalyse.

Wege zum Verständnis des Verbrechers.

In der „Berliner Gesellschaft für Psychologie und Charakterologie“ sprach Landgerichtsdirektor Dr. Albert Hellwig über das zeitgemäße Thema: „Strafrechtspflege und Psychoanalyse“.

Der Vortragende erkannte dankbar die großen Verdienste an, die sich die analytische Wissenschaft in „kriminalpsychologischer, forensischer und pädagogischer Hinsicht“ (poena — Strafe) erworben hat. Unschätzbare Aufschlüsse verdankte der Strafrechtspfleger dem Analytiker über das Wesen und die Persönlichkeit des Strafbrechers, ebenso ein vertieftes Verständnis in die Motive des rechtsbrecherischen Tuns. Die Analyse hat, um einige Beispiele zu nennen, gezeigt, wie unzumutbar es sein kann, der Aussage des Angeklagten über seine Motive zu viel Wert beizumessen, da diese dem Täter ja oft selbst nicht klar sein können; sie hat darauf gewarnt, jede falsche Aussage als bewusste Lüge zu brandmarken und sie hat ferner das Verständnis der Strafrichter dafür geweckt, daß „Verstöße und freches Zynismus“ unter Umständen von viel adäquaterer Bestimmung zeugen können als ein Geständnis. Besonders groß ist das Verdienst der Analyse in pädagogischer Beziehung, ist es doch, die den fruchtbarsten Gedanken: Behandlung statt Bestrafung des neurotischen Verbrechers erstmalig zur Debatte gestellt hat.

Unergründliche Bewunderung zollte der Referent den hier angeführten Verdiensten der Psychoanalyse, und doch trägt er — und wie uns scheint, mit Recht — schwerste Bedenken gegen die Zulassung des psychiatrisch ungeschulten, quasi „Laienanalytikers“ als gerichtlichen Sachverständigen. Mit großer Vorsicht und Steptis müssen die Strafrichter dem psychoanalytischen Gutachter gegenüberzutreten, liegen doch in diesem geschlossenen System, wie die Psychoanalyse es darstellt, die jedem „System“ innewohnende suggestive Kraft, die gegen andere Einwürfe blind macht. Wenn wir jede Tat, bestehe sie in falthcher Zeugnisausgabe, in Blutschande, so gar im Mord, mit dem „Oedipuskomplex“ nicht nur motivieren, sondern auch entschuldigen und den Täter daraufhin freisprechen wollten, wo bliebe da der Schatz der Gesellschaft?

Kennen Sie schon alle Sorten von MAGGI'Suppen?

Blumenkohl	Erbs	Königin	Reis	Spargel
Eier-Buchstaben	Erbs "Schinken"	Mockturtel	Reis-Julienne	Tapioka, echt
Eier-Nudeln	Erbs "Speck"	Ochenschwanz	Reis "Tomaten"	Tomaten
Eier-Sternchen	Grünkern	Pilz	Rumford	Windsor usw.

Achten Sie auf den Namen MAGGI und die typische gelb-rote Packung.



Das Experiment mit der Kunstseide

Kunstseideabkommen und Zollerhöhung. — Notwendigkeit der staatlichen Kartellkontrolle.

Zwischen der Kunstseidenindustrie und ihren zahlreichen Nachberröcken ist ein Abkommen zustande gekommen, durch das sich die Kunstseidenindustrie den entscheidenden Anteil an der Befriedigung des inneren Marktes verschafft, zugleich aber die Kunstseidenverarbeitung sich stabilis, der Weltmarktlage angepasste Preise sichern. Die Kunstseide verarbeitende Textilindustrie hat sich verpflichtet, 90 Proz. ihres Bedarfs aus der inländischen Produktion zu decken. Die Fabrikanten haben dafür verbindlich die Einhaltung der Weltmarktpreise für sämtliche Kunstseidenarten auch für den inneren Markt zugesagt. Unter diesen Bedingungen haben die Hersteller den Anträgen der Kunstseidenindustrie auf Zollerhöhung zugestimmt. Das Abkommen der beiden Industriegruppen wird beim Reichswirtschaftsministerium hinterlegt, dem das Recht zustehen soll, die Zölle zu senken, sobald die deutsche Kunstseidenindustrie den Zollschutz ausnimmt und die Preise über die ausländischen Konkurrenzangebote erhöht. Die beiden beteiligten Industriegruppen wollen durch einen Treuhänder mit Sachverständigen die Innehaltung des Abkommens kontrollieren lassen. Der Reichswirtschaftsrat hat sich unter den genannten Bedingungen für eine Heraushebung der Kunstseidenzölle ausgesprochen.

Die Lage der Kunstseidenindustrie

hat sich in den beiden letzten Jahren grundlegend gewandelt. In diesen jungen Industriejahren, die jahrelang die wachsende Nachfrage kaum befriedigen konnte, in dem sich unerbittlich rasch die internationale Verdrängung und Kartellierung vollzog, in dem außergewöhnlich hohe Monopolgewinne erzielt werden konnten und der der Favorit der Börse war, herrscht heute Überproduktion, nach dem Zusammenbruch des Weltmarktes stärkster Preisdruck und Kampf um die Märkte.

Die deutsche Kunstseidenindustrie ist von dieser Entwicklung nicht verschont geblieben. Von den beiden Hauptproduzenten, Vereinigte Glasstoffwerke und S. G. Farben wurden die monopolisierten Gewinnjahre von nahezu 100 Proz. zu einer starken Ausdehnung der deutschen Produktionsanlagen, zur Gründung von Fabriken im Ausland und zum Erwerb von großen Beteiligungen verwandelt. Die großen Gewinnüberschüsse begünstigten aber auch das Aufkommen kleinerer Außenwerke, durch die die Produktionskapazität noch weiter gesteigert wurde. Dieses

Künstliche Gebilde ist auch in Deutschland zusammengeklüfft

Die Kunstseidenkonvention flog auf, die Preise gingen rapide zurück und liegen heute um etwa die Hälfte unter den Preisen von 1925 und um etwa ein Drittel unter den Preisen von 1927.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Absatzmöglichkeiten der deutschen Fabriken auf dem inneren Markt durch die starke Einfuhr von ausländischer Kunstseide, hauptsächlich aus Italien, Holland und Belgien, beeinträchtigt wird. Der innerdeutsche Gesamtverbrauch an Kunstseide wird für 1929 auf 23 Millionen Kilogramm geschätzt, hieron entfallen auf ausländischen Bezug etwa 9,5 Millionen Kilogramm. Das Ausland ist an der Versorgung des deutschen Marktes mit billigen Qualitäten — hauptsächlich mit Nitrocellulose und einigen Spezialitäten von Acetatseide beteiligt. Dieser starken Einfuhr steht allerdings auch eine bedeutende deutsche Kunstseidenausfuhr, insbesondere an hochwertiger Kunstseide, gegenüber sowie eine in starker Zunahme begriffene Ausfuhr an kunstseidenen Wirtwaren. (Allein der Export an kunstseidenen Strümpfen betrug im Jahre 1929 52 Millionen gegenüber 36,6 Millionen im Jahre 1928.)

Nun besteht angesichts der internationalen Überproduktion an Kunstseide die Gefahr, daß der deutsche Markt in noch größerem Maße als bisher zur Unterbringung der Produktionsüberschüsse benutzt wird. Der gegenwärtige deutsche Zollschutz von etwa 9 Proz. vom Wert für die billige Kunstseide erscheint zwar an sich nicht unbedeutend. Die anderen großen Textilländer haben aber einen wesentlich höheren Zollschutz, so daß mit der Gefahr zu rechnen ist, daß in gesteigertem Umfang Exportmengen nach Deutschland abgedrängt werden.

Dem gesamtwirtschaftlichen Standpunkt

aus besteht ein Interesse daran, daß diese junge, noch immer sehr entwicklungsfähige Industrie nicht zurückgedrängt wird, und daß die Kämpfe um den Markt nicht auf dem Rücken der Arbeiter ausgekämpft werden. Die Kunstseidenarbeiter haben ihrerseits wiederum das stärkste Interesse an stabilen und angemessenen Preisen. Der große Vorzug der Kunstseide gegenüber den sonstigen Textilrohstoffen besteht in der geraden darin, daß sie an sich nicht den außerordentlich starken Preisschwankungen ausgesetzt zu sein braucht, denen die pflanzlichen und tierischen Textilrohstoffe infolge des Preisausfalls unterliegen (auf den Märkten von Baumwolle, Wolle, Flachs, Jute und Hanf hat in den letzten Jahren ein wildes Auf und Ab der Preise geherrscht). Es ist verständlich, daß den Kunstseidenverarbeitern mehr daran liegt, durch eine stabile Preisstellung feste Kalkulationsgrundlagen zu erhalten als durch vorübergehende Preisunterbiedlungen gelegentliche Einkaufsgewinne zu erzielen. Aber selbstverständlich muß die deutsche Kunstseidenindustrie die deutschen Verbraucher zu gleich günstigen Bedingungen wie das Ausland beschaffen, weil sonst eine Verdrängung der Kunstseidenwaren und eine verringerte Konkurrenzfähigkeit der deutschen Kunstseidenwaren auf den Auslandsmärkten eintreten würde.

Durch das neue Abkommen scheint an sich diese Gefahr behoben. Das Abkommen unterscheidet sich auch vorteilhaft von ähnlichen Vereinbarungen, wie wir sie in der Metallindustrie kennen (Kartellabkommen), daß der Zollschutz auch nicht auf dem Inlandsmarkt ausgenutzt werden soll und darf.

Allerdings darf ein Faktor nicht übersehen werden. Es ist sehr leicht denkbar, daß das jetzt geschlossene internationale Kunstseidenkartell wieder erneuert wird, und daß dann

das internationale Kartell eine Heraushebung der Preise

vornimmt, die sich automatisch dann auch für den deutschen Markt auswirken würde. Wenn allerdings ein neues festgelegtes internationales Kunstseidenkartell eine derartige Preispolitik führen sollte — die früheren Erfahrungen müßten eigentlich ab sprechen —, so würde dieser ein niedrigerer noch ein höherer Zoll die deutsche Verbraucher schützen können. Ausweichungen der Kartell-

politik können im allgemeinen, sobald die Kartelle internationalen Umfang erreicht haben und die Märkte abgegrenzt sind, durch Zollmaßnahmen allein nicht verhindert werden. Ein Schutz der Verbraucher gegenüber den Monopolen ist nur durch eine staatliche Kartellkontrolle erreichbar, wie sie von der Sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften immer wieder gefordert wird.

Es ist an sich ein Fortschritt, daß auf einzelnen Gebieten heute keine starre Zollerhöhungspolitik getrieben wird und daß von vornherein Übererwerbungen durch Zollerhöhungen verhindert werden. Ein Beispiel hierfür ist der Zuckersoll, der in Anbetracht des internationalen Zuckerdumpings heraufgehoben wurde.

Kampffahr der Spartassen.

Geschäftsbericht des Deutschen Spartassen- und Giroverbandes. — Deutsche Girozentrale.

Der Bährungschock während der Pariser Verhandlungen, die internationale Kapitalsteuerung, die Abdröckelung der Städte von ausländischen Markt, die kommunalen Finanzverlegenheiten daraus und besonders Schachts Eingriff in die öffentliche Finanzpolitik Ende Dezember haben das Jahr 1929 auch für die Spartassen und die Girozentralen zu einem Sorgenjahr gemacht. Das Spartassen- und Girogebäude hat den Belastungen, die alles weniger als leicht waren, mit Erfolg widerstanden. Das kann heute mit um so größerer Genugtuung festgestellt werden, als das private Bankkapital im vergangenen Jahr nichts unterlassen hat, was die Aufwärtsentwicklung der Spartassen- und Kommunalbanken zu hindern geeignet war.

Jahresbericht der Verbände und Ergänzungen ihres Präsidenten dazu geben einen guten Einblick in die Entwicklung des vergangenen Jahres. Der April und Mai brachte Anstrebungen in großem Umfang. Bei allen deutschen Spartassen ging im Mai der Reinzumachs nach Einlagen auf 33,5 Mill. Mark zurück gegenüber 129,8 im März und 191,6 Mill. Mark im Februar. Das ganze Jahr hindurch, in dem sich natürlich auch die konjunkturellen Einwirkungen auf die Spartassen verstärkt, waren diese Rückgänge nicht aufzuholen. So ergab sich nur ein Reinzumachs der Spareinlagen um 1467 Mill. Mark auf einen Gesamtbestand von 2016 Mill. Mark. Die Kapitalflucht hatte auch auf das Spartassenpublikum noch im weiteren Verlauf des Jahres, besonders in den der Schweiz, Belgien und Holland näher gelegenen Landesteilen ihre Wirkung. Interessant ist die Feststellung Dr. Kleiners, daß in rein

landwirtschaftlichen Gebieten, wie Hannover und Schleswig-Holstein der Einlagenzuwachs relativ am stärksten war.

Die Schlagkraft der Spartassen gegenüber der privaten Konkurrenz und auch die innere Leistungsfähigkeit der Spartassen und Kommunalbanken wurde durch Arbeitsstellungs-, Neutralisierungs- und Kooperationsverträge mit anderen öffentlichen Bankorganisationen weiter gestärkt (Preussische Zentralgenossenschaftskasse, Deutsche Landesbankzentrale, Preussische Staatsbank). Als neue Zweige der Spartassenarbeit trat die Errichtung von öffentlichen Bauspartkassen hinzu, die im Rheinland bisher die stärksten Fortschritte gemacht haben. Das Zweckparagrafen für Bildung von Reisefonds soll gefördert werden. Für den Wohnungsbau haben die Spartassen 1929 mit schätzungsweise 700 Mill. Mark wieder den relativ größten Anteil erstklassiger Hypotheken gestellt.

Die Konkurrenz der Privatbanken.

Gegen die sich der Bericht mit großer Schärfe ausdrückt, hat sich verstärkt. Die Öffentlichkeit sollte in der Tat den Abwehrkampf gegen die Privatbanken unterstützen, solange nur den privaten Industrie- und Handelsbanken nicht dieselben Anlagebedingungen vorgeschrieben sind, die die Spartassen in ihrer geschäftlichen Entwicklung gegenüber den Privatbanken hemmen, die auf der anderen Seite ja in höchst illoyaler Weise bei den Finanzgerichten eine schärfere Besteuerung der Spartassen durchzusetzen versuchen. Mit Recht hat Dr. Kleiner erklärt, daß die natürliche Abwehr jeder schärferen Besteuerung der Spartassen die an sich den Spartassen keineswegs ohne weiteres sympathische Ausdehnung im privaten Kreditgeschäft sein müßte.

Die Verschärfung der Lage bei den Kommunen, besonders gegen den Schluß des vorigen Jahres, hat bei der Deutschen Girozentrale auch gewisse Liquiditätsorgen bereitet, die den Druck aus dem relativen Abgang der Spareinlagen, der Abdröckelung vom Ausland und den steigenden kommunalen Ansprüchen aufzulösen halfen. Daß Dr. Kleiner diese Sorgen unumwunden zugeben hat, ist erfreulich, aber auch ein Zeichen der sehr vollständig wiederhergestellten Bewegungsfreiheit.

Dem zukünftigen Schicksal der Beratungsstelle

steht die Spartassen- und Giroorganisation sehr kritisch gegenüber. Die Spuren der Vergangenheit — Erhöhung der Kreditnot bei gleichzeitiger Kreditverengung — sollten bedenklich machen, wenn jetzt das Reichsfinanzministerium noch an eine Erweiterung der Funktionen der Beratungsstelle auch auf die Inlandskredite denkt. Dr. Schacht selbst habe eine zentral-bürokratische Gesamtkontrolle nicht für zweckmäßig gehalten. Wenn man über eine Kontingenzierung der Auslandsanleihen auch diskutieren könne, so sei es unparstellbar, wie nach Höhe und Dauer kommunale Inlandsanleihen kontingiert werden sollen. An den psychologischen Widerständen, die eine solche Einschränkung der Selbstverwaltung bei den Kommunen auslösen, muß eine inländische Zwangsübernahme des kommunalen Kapitalbedarfs scheitern.

Die Konsozialisierungsaktion der Städte und Spartassen hat die gegenseitigen Befürchtungen hinsichtlich der schwächeren Finanzierung des Baumarcktes und der Einschränkung der privaten Kreditgewährung an das Gewerbe bisher nicht gerechtfertigt. Nach der erforderlichen Anlaufzeit seien erzieuliche Fortschritte zu verzeichnen, über die der Märzauweis der Spartassen wahrscheinlich auch ein zahlenmäßiges Bild schon geben wird.

Der jetzt diskutierten Frage der individuellen Spartassenaufwertung stehen die Verbände skeptisch gegenüber.

bei gleichzeitiger Ermäßigung des staatlich festgelegten Zuckerspreises um 1 Mark, ein weiteres Beispiel der Minimumpolitik, bei dem die Staatswerte und der parlamentarische Einfluß auf ihre Geschäftspolitik an sich schon eine gewisse Gewähr dafür bieten können, daß der Zoll nicht zur Übererwerbungen ausgenutzt wird, aber diese Zusage auch ausdrücklich festgelegt wurde, ein weiteres die jegliche Vereinbarung zwischen der Kunstseidenindustrie und den Kunstseidenverarbeitern, die vom Reichswirtschaftsministerium überwacht werden soll. Jedenfalls wäre, falls sich der Reichstag dem Reichswirtschaftsrat anpaßt, der erhöhte Kunstseidenzoll ein Experiment, dessen mögliche zweischneidige Wirkung von der Öffentlichkeit sehr gründlich kontrolliert werden müßte.

Im jetzigen Zeitalter des Hochkapitalismus wird nicht nur für die innere Wirtschaftspolitik, sondern ebenso für die äußere Handels- und Zollpolitik die soziale Überwachung der Monopole, die gegenüber den Sonderinteressen der einzelnen wirtschaftlichen Machtgruppen die Interessen der Gesamtwirtschaft und Verbraucherschaft wahren, immer deutlicher zur unerlässlichen Voraussetzung.

Sie schlagen den Ausweg vor, provinzialistische Ausgleichsregulierungen vorzunehmen, dabei aber an dem Grundgedanken einheitlicher Aufwertungsmaßnahmen und die Individualisierung nicht über die Provinzen hinaus auszudehnen.

Der bessere Geldmarkt und die Kommunen.

Die gegenwärtige allgemeine Verbesserung auf den Geldmärkten hat sich auf dem Kapitalmarkt bekanntlich noch nicht sehr stark ausgewirkt. Die Verbände sind der Auffassung, daß die Kommunen und auch die Girozentralen gut daron tun, mit neuen Anleihen zurückzuhalten, sowohl im Ausland als auch im Inland, zum mindesten bis zur endgültigen Begehung der Reparationsanleihe im Mai. Der siebenprozentige Anleihezins muß auf diesem Wege nach Möglichkeit erreicht werden.

Wir halten es für selbstverständlich, daß die Spartassen- und Giroorganisationen auch von sich aus alles tun, um die Zinslasten der Kommunen zu verringern. Für die Kommunen selbst ist die Zeit gekommen, ihre Kreditverpflichtungen auf das gründlichste darauf zu prüfen, ob durch Kreditkündigungen nicht Verbesserungen bei den Zinsbedingungen herbeizuführen sind, besonders bei den überbewerteten privaten Bankkrediten. Die Zeit der Bankendiktatur über die Kommunen ist allmählich vorbei.

Bei der Deutschen Girozentrale ergab sich im Jahre 1929 eine Umsatzerhöhung von 29,2 auf 33,3 Milliarden, die Bilanzsumme ist von 889,3 auf 938,0 Millionen Mark gestiegen, 554,6 Millionen Mark langfristigen Verpflichtungen standen Ende 1929 langfristige Darlehen von 533,4 Millionen Mark gegenüber. Die Einnahmen sind von 7,15 auf 6,93 Millionen Mark zurückgegangen, die Steuern haben sich von 0,33 auf 1,32 Millionen Mark erhöht, während die Verwaltungskosten von 4,09 auf 5,88 Millionen Mark gesunken werden konnten. Der von 2,22 auf 1,61 Millionen Mark gesunkene Überschuß wird in der Hauptsache für Stärkung der Reserve verwendet. Neuenwerke Verluste aus dem privaten Kreditgeschäft waren 1929 nicht zu verzeichnen.

Die Bautätigkeit im Januar.

Verhältnismäßig gute Ergebnisse.

Im Monat Januar konnte wegen der milden Witterung ein ansehnlicher Teil der aus dem Vorjahr übernommenen Bauten fertiggestellt werden. Auch die Zahl der begonnenen Bauten war nach Wirtschaft und Statistik sehr hoch. Dagegen wurden nur verhältnismäßig wenige neue Bauverträge nachgeschickt und erteilt, ein Zeichen, daß die unsichere Lage auf dem Kapitalmarkt im Januar die Bauwirtschaft noch zu starker Zurückhaltung zwang. Die inzwischen eingetretene trügerische Belebung auf dem Kapitalmarkt wird hoffentlich in Kürze auch auf die Bauwirtschaft ausstrahlen.

In 89 berichtenden Groß- und Mittelstädten wurde Baugenehmigung für 5861 Wohnungen beantragt. Dies sind 88 Proz. mehr Anträge als im Vormonat, aber 13 Proz. weniger als im Januar 1929. Zum Bau genehmigt wurden im Berichtsmonat 5672 Wohnungen, also 22 Proz. weniger als im Vormonat. Gegenüber dem Januar 1929 blieb die Zahl der Bauverträge bei Wohngebäuden sogar um 35 Proz. im Berichtsmonat zurück.

Begonnen wurden im Januar in 91 berichtenden Städten 975 Wohngebäude und 4829 Wohnungen, das sind 5 Proz. mehr als im Vormonat und 37 Proz. mehr als in dem starken Frostmonat Januar 1929. Der Reinzugang an Wohngebäuden und Wohnungen war für den Januar außergewöhnlich hoch. Er stellte sich auf 3104 Gebäude und 14.937 Wohnungen und lag damit um fast 50 Proz. über dem Stand der Vormonats der beiden Vorjahre.

Zwangssyndikat für den Ruhrbergbau.

Die seit etwa zwei Monaten anhaltenden Verhandlungen über die Erneuerung der Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats sind vorläufig gescheitert, weil zwischen den Hüttenzweigen (gemischte Betriebe) und den reinen Eisenunternehmungen keine Einigung über die Umlage erzielt werden konnte. Das Reichswirtschaftsministerium hat nunmehr laut Verordnung im gestrigen „Reichsanzeiger“ die Fachen des Ruhrgebiets auf der alten Grundlage für einen Monat zusammengefaßt, da das bisherige Syndikat am 31. März abgelaufen ist.

Kraftiger Dolbendensprung in der Apparateindustrie. Die W. Reinecke A.-G. in Breslau, ein Spezialunternehmen für Gasautomaten- und Messapparate usw. die in den letzten Jahren dolbendelos blieb, nimmt für 1929 mit einem kräftigen Sprung die Zahlung der Aktionärsdividende gleich mit 10 Proz. auf. Bei erheblich gesunkenen Aufwänden wurde der Reingewinn um weit mehr als das Doppelte auf 0,36 Mill. Mark gesteigert. Der Umsatz war im Inlande wie auch im Auslande durchwegs bezieulicher.

Eine Kognatensibel zur Steigerung des Kognatensverkehrs ist auf Veranlassung des preussischen Landwirtschaftsministers unter Beteiligung führender Wissenschaftler ausgearbeitet worden.

André Dahl: Die Hausordnung

Wir waren drei Maler auf Ferien. Einer hatte vor kurzem 70 000 Franken geerbt. Die anderen hatten nur Talent. Ich will keine Namen nennen, um nicht etwa einer ruhmreichen Künstlerlaufbahn im Wege zu stehen.

Von hatte sich Herr Durambols uns gegenüber über benommen. Wir waren nämlich in seinem Hotel, Hotel zu den britischen Inseln nannte es sich, abgefliegen und hatten kein anderes Gepäck als eine gemeinsame Schachtel aus gelbem Karton, die von fern wie ein Koffer ausah. Es ist wahr, daß wir die Taschen des Speisekassens durch übermäßige Gefänge stärten, deren Refrains wir mit den Köpfen gegen die Glasfenster klopfen. Man könnte schließlich noch die Tatsache gegen uns ins Feld führen, daß wir unsere Rechnungen seit drei Wochen nicht bezahlt hatten.

Aber dafür hatten wir doch Leben und Heiterkeit in seine öde Bude gebracht. Aus dem Fremdenbuch erfahren wir zum Beispiel die Vornamen der Gäste und wir gratulierten jedem einzeln zu seinem Namenstage, indem wir die allerschönste Zierpalme aus dem Besesszimmer vor sein Zimmer stellten.

Dessenungeachtet benahm sich Herr Durambols nicht sehr nett uns gegenüber. Eines Tages klopfte er an die Türe des Zimmers Nr. 36, das wir bewohnten, trat ein und sprach mit unangenehmlicher Würde: „Das geht nicht so weiter, meine Herren Künstler, daß Sie sich da in meinem Hotel breitmachen, ohne auch nur einen Sou seit drei Wochen bezahlt zu haben. Ich brauche meine Zimmer...“

„Wie? Sie brauchen Ihre Zimmer?“
„Ja, in paar Tagen wird die landwirtschaftliche Ausstellung eröffnet...“
„Und wer sagt Ihnen, daß wir nicht zur landwirtschaftlichen Ausstellung gekommen sind? Wir haben eine ganze Menge erstklassiger Referenzen.“

„Nein, ich will keine Referenzen, ich will Geld. Ihre Rechnung beläuft sich schon fast auf 3000 Franken und...“
„Die sollen Sie sogleich haben“, sagte der eine von uns, dessen Dank erst kürzlich gestorben war, „ich brauche nur zur Post zu gehen und Ihnen den Betrag anzuweisen...“
„Wozu eine Anweisung? Wenn Sie das Geld haben, können Sie es mir doch gleich geben...“

„Nein, verehrter Herr. Wir bezahlen grundsätzlich nur mit Anweisungen. Wir bezahlen alles mit Anweisungen: unsere Fremdenbücher, unsere Autos und unsere Kinokarten. Sie müssen nur sagen, ob Sie lieber eine Postanweisung, einen Postcheck, eine telegraphische Postanweisung, eine Ueberweisung auf Ihre Postsparkassentonto oder ein Scheckchen mit fünf reichenden roten Siegeln haben wollen. Unsere einzige Sorge ist, Ihnen einen Gefallen zu tun...“

„Aber, wenn ich Ihnen eine quittierte Rechnung gebe...“
„Niemals! Wir haben die schärfsten Erfahrungen mit quittierten Rechnungen gemacht. Bleibt also nur eine Postanweisung übrig. Betrachten Sie sich als bezahlt! Und morgen mittags sind Ihre Zimmer frei...“

Da stieg in uns der Gedanke auf, auf eine niedliche Weise Rache zu nehmen. Im Hotel befand sich nämlich oberhalb eines jeden Bettes eine Hausordnung mit Paragraphen, die die Haftung für nicht bei der Kasse hinterlegte Verschäden ablichtete und die Gäste auf ihre Schadenerschaftspflicht für alle Beschädigungen des Bettes aufmerksam machte. Sie war in einem naive-obrigkeitlichen Stile abgefaßt und hing an der Wand wie ein Gebot, das man vor dem Einschlafen aufzulösen hat. Man schenkt solchen Hausordnungen nur selten Aufmerksamkeit. Mir Unrecht! Sie verdienen es, gelesen zu werden. Nicht etwa, weil man sich an sie halten soll, sondern, weil in ihnen der ganze pfiffige Handelsgeist der Hotelkammer verkörpert ist.

Nur 20 Minuten brauchten wir, um eine neue Hausordnung zusammenzustellen.

Eine Buchdruckerei, die sich sonst mit der Herstellung von Parteizetteln beschäftigt, besorgte in vier Stunden den Druck. Und als der Abend kam, war die neue Hotelordnung in allen Zimmern an Stelle der alten angehängt.

Die neue Hausordnung hatte einen Vorteil: vollkommene Klarheit! Nichts überließ sie dem Zufall. In bezug auf Vollständigkeit war sie unübertrefflich.

„Hotel zu den Britischen Inseln.“

§ 1. Die Herren Reisenden, welche zu Schnarchen pflegen, werden gebeten, das Schnarchzimmer im ersten Stock zu benutzen. Dieser Raum ist so eingerichtet, daß die anderen Gäste durch die Schnarchgeräusche nicht gestört werden.

§ 2. Aus gesundheitlichen Gründen bleiben die WC's vom Morgengrauen bis zum Einbruch der Dunkelheit geschlossen.

§ 3. Sowohl das Stubenmädchen als auch der Hausknecht sind verheiratet. Der Schwager des Wirtes tötet man fünfmal.

§ 4. Die Direktion übernimmt für am Korridor zurückgelassenes Schuhwerk keine Verantwortung. Die Herren Reisenden werden gebeten, ihre Schuhe am Abend zur Kasse zu geben.

§ 5. Im Hotel nicht eingenommene Mahlzeiten werden nicht abgezogen. Die Mahlzeiten werden vielmehr in Konservendbüchsen aufgehoben und den Reisenden bei ihrer Abreise ausgefolgt.

§ 6. Bei einem Todesfall muß das Leichenbegängnis im Hotel bestellt werden, ebenso alle Mahlzeiten.

§ 7. Gäste, die zeitlich früh gewacht werden wollen, haben mittels eines mit 2 Franken 40 gestempelten Gesuches ernsthafteste Gründe für ihr Begehren anzuführen.

§ 8. Ab 8 Uhr abends liegen den Gästen ein Kreuzworträtsel, um Schlaflosigkeit zu vermeiden, zu mäßigen Bedingungen zur Verfügung.

§ 9. Im Falle einer Abreise ist das Zimmer bis Sonntag mittags abzugeben, widrigenfalls für die folgende Woche voll zu bezahlen ist.

Berordnet in unserem Hotel: Durambols (eigenhändig).
Am nächsten Tage reisten wir nach Bezahlung unserer Rechnung beim Morgengrauen ab.

(Erscheinungsbild: Übertragung aus dem Französischen von Leo Korten.)

Eva und die Schlange

Es heißt zwar so sinnig: „Ich will Feindschaft leben zwischen dir und dem Weibe“, und diese Feindschaft soll weiter bestehen zwischen den Nachkommen des Weibes und der Schlange. Aber wie man neuerdings sieht, bestehen zwischen beiden „innige Beziehungen“, — insofern, als die elegante Frau in die Haut des Reptils gefahren ist, wenngleich auch nur mit den Füßen.

Betrachten wir heute die vielen, schönen Dinge in den Schaufenstern unserer Spezialgeschäfte, so findet man, doch in den letzten Jahren die Haut der Reptilien benutzt und als Eidechsen-, Anolis- und Schlangenhaut verarbeitet wird. Wie man aus den Auslagen der Schuhgeschäfte erkennen kann, werden gerade in diesem Jahre Schuhe aus Schlangenhaut besonders bevorzugt. Also ein neuer, „guter“ Einfall der hochentwickelten Industrie, um mit Hilfe der Mode, die da findet, man müsse doch stets das Neueste tragen, durch ein neues Erzeugnis Geld verdienen zu lassen.

Nun könnten Eva's Töchter ja listig behaupten, darin, daß sie in Schlangenschuhen gingen, erfülle sich in gewissem Sinne die über die Schlange verhängte Strafe, nämlich auf dem Bauche im Staube zu kriechen. Manche Käuferin aber würde bestimmt einen derartigen Zugusschuh nicht ersehen, wenn sie wüßte, mit welcher Grausamkeit die Schlangen ihrer schönen Haut beraubt und zu Markte getragen werden. Die am hübschesten gezeichnete Schlange ist eine Art amerikanische Boa constrictor. Japa mit den benachbarten Inseln ist das Land, aus dem die meisten Schlangenhäute geliefert werden. Die Schlangen werden für ein paar Mark den Jägern abgekauft. Das der Gesellschaft zugeführte Reptil wird von einem Eingeborenen am Kopf und Schwanz gepackt, ein anderer befestigt es mit einer um den Hals gelegten Schnur am nächsten Baum. Sodann wird unmittelbar hinter dem Kopf ein ringförmiger Schnitt ausgeführt und die Haut von den Muskeln des lebenden Tieres getrennt. Eine Stunde danach kann man die Zuckungen dieses bestialisch zu Tode gequälten Tieres noch wahrnehmen. Dieses Verfahren wird angewandt, um die Haut nicht zu verderben.

Finden Sie nicht, daß die Strafe an Eva's Verführerin ein bißchen zu hart ist?

F. P.

Der geheime Vogelzug

Das große Wunder der alljährlichen Wiederkehr der Zugvögel beginnt. In Ruhe herrscht im Reich der gestirnten Aufbewohner, bis in die erste Woche des Mai werden wir nun viele neue Stimmen hören, die wir lange nicht vernommen und uns an immer neu auftauchenden Lieblingen in Wald und Flur erfreuen. Viele Tausende von Weilen legen sie zurück auf ihrer Reise aus fernen Ländern. Die, die aus Afrika kommen, müssen wohl an die 7000 Kilometer durchfliegen, während man in Amerika solche kleinen Zugvögel beobachtet hat, die an die 30 000 Kilometer zu überwinden hatten. Soviel man sich auch gerade in neuester Zeit mit dem Rätsel des Vogelzugs beschäftigt hat, so bleibt doch noch manches Geheimnis zu lösen. Durch die in großem Maßstabe vorgenommenen Untersuchungen, die zuerst von der deutschen Vogelkunde eingeleitet wurden, hat man die Routen der einzelnen Luftwanderer festgestellt und kartographisch ausgemessen. Aber gerade ein so hervorragender Kenner, wie der langjährige Leiter der Vogelwarte Rossitten, Prof. D. Thiernemann, hat in seinem schönen Buch „Rossitten“, in dem er einen Rückblick auf seine Lebensarbeit wirft, betont, daß noch viele dunkle Fragen zu lösen sind. „Der lokale Beobachter“, schreibt er, „ist zu sehr an die Scholle, an Raum und Zeit gebunden, und die Vögel sind doch die beweglichsten Geschöpfe. Immer möchte er hinter ihnen her in die Ferne reiten. All die großartigen neuen Erfindungen der Technik, Radio, Telephon, Auto, Luftschiff, sollten in den Dienst der Vogelzugforschung gestellt werden. Das würde bald ungeahnte Fortschritte bringen.“ Der Beringungsversuch hat wohl eine Brücke geschlagen zwischen der Heimat und der fern in Winterherbergen unserer Zugvögel, aber andere technische Hilfsmittel, die uns gestatten, Raum und Zeit zu überwinden, müßten hinzutreten. Den Vogelzug zu beobachten und dabei das Wetter zu notieren, wie es bisher üblich war, kann uns nur wenig weiterbringen. Eine Erscheinung, die bisher noch kaum wissenschaftlich näher erforscht worden ist, liegt darin, daß es neben dem offenen auch noch einen geheimen Vogelzug gibt. „Den offenen Vogelzug, wenn er in der Luft oder in den Büschen und auf den Triften lebendig ist“, schreibt Thiernemann, „kann jedermann beobachten und darüber werden Notizen und Tabellen aufgestellt. Aber wie steht es nun wenn folgende Verhältnisse eintreten: Im Frühjahr finden sehr oft Winternüchtern nach Süden zu statt. Früher freute ich mich dann, daß ich glaubte, die Vogelzügen müßten nun nochmals vorbeikommen. Weit gefehlt! Die Zugzeit geht vorüber, es ist ungünstiges Wetter und kein einziger Vogel kommt durch. Wo sind nun diese Scharen geblieben?“

Diese Winternüchtern im Frühjahr sind meist die Folgen eines noch in den späteren Frühlingsmonaten einsetzenden Frostes. Die Vögel kehren dann wieder selbstverständlich nach Norden zu ihren Brutplätzen zurück, das wird durch den Beringungsversuch unumstößlich bewiesen. Aber wie ist der Zug vor sich gegangen? Das ist die Frage, auf die man oft keine Antwort geben kann. Ebenso ist es, wenn dauernd ungünstiges Wetter im Frühjahr herrscht. Der Vogelbeobachter wartet und wartet, aber kein Vogel kommt. Der Laie glaubt nun, daß sich der ganze Zug auf den Schlaf zusammenhängen werde. Doch auch dies ist nicht der Fall. Die ganze Zugzeit geht vorüber und man hat nichts gesehen. Die Vögel müssen eben unter anderen Bedingungen geblieben sein als denen, die uns bekannt sind. Der örtliche Beobachter bekommt so von der gewaltigen Vögelwanderung des Frühjahrs nur einen winzig kleinen Teil zu sehen, mag er auch manchmal über die ungeheuren Scharen hinweg, die parüberausen, oder mag er frühmorgens das Gewimmel der Kleinvögel bewundern, die über Nacht eingetroffen sind. Die Hauptmassen bleiben verborgen; sie stellen den geheimen Vogelzug dar. „In diesem geheimen Vogelzug“, sagt Prof. Thiernemann, „legt ein gut Teil des Vögelzuges an dem ganzen Vogelzugproblem angeschlossen. Der Anteil zum Zuge steht sich im Wechsel der Schichten auszuwirken. Das eine Mal drängt sich alles auf bevorzugten Stellen zusammen, so daß der Zug sichtbar vor aller Augen vor sich geht, und das andere Mal ziehen die Vögel vielleicht mehr zurück oder nur bei Nacht, ohne einzufallen, oder höher als sonst; wir wissen es nicht, jedenfalls in einer Weise, daß sich die ganze Erscheinung mehr oder weniger der menschlichen Beobachtung entzieht. Das Bestimmende dabei scheint die Witterung zu sein.“

Der Idyllendichter des Rokoko

Zu Salomon Geßners 200. Geburtstag am 1. April

„Wer weiß heute noch von dem Dichter, der zum erstenmal das Wort „deutsche Dichtung“ in die Weltliteratur brachte? Mit lächelndem Achselzucken leben sie heute, wenn sie hinsehen, auf den Mann, der mit deutschem Wort rund um die Erde die Völker in seinen Bann zwang, auf den armen Salomon Geßner aus Jülich.“ So Wilhelm Raabe in seiner Erzählung „Hofenbed“, in der Jüliche aus den Stoffen des Schweizer als eine Blumengirlande stimmungsvoll die Handlung durchwinden. Auch Gottfried Keller hat in der entzückenden Literaturminatur, mit der er den „Londoocht von Greifensee“ geschnitten, dem lebenswichtigen Malerichter einen Denkstein errichtet.

Seitdem man kurz vor dem Kriege den Maler Geßner auf der Darmstädter Ausstellung deutscher Kunst 1650—1800 erst eigentlich entdeckt, hat der bildende Künstler den früher so berühmten Dichter mehr und mehr in den Schatten gedrängt. Jedenfalls waren die beiden Gemälde damals in Darmstadt eine Offenbarung, die vielen den Namen Vöcklin auf die Lippen brachte, sie zeigten dieselbe Einheit von Natur und Mensch, dieselbe unbesangene Naturbeobachtung, aber freilich in einer ganz anderen Art und dierischen Tonart... Neben die stets bewunderten Radierungen, mit denen er seine Dichtungen schmückte, traten nun die farbigen Aquarelle, Gouachen und Zeichnungen, in denen seine Phantasie, seine glückliche Klarheit und Heiterkeit sich so reich auslebten, als seine Dichtersfüße bereits längst verstummt war. Deshalb wäre es aber doch falsch, wie bereits geschrieben, seine Poesien für ungenießbar zu halten und die lebendige Wirkung, die noch immer und heute wieder von seinem Schaffen ausgeht, nur aus seinen Bildern zu erklären. Wort und Bild gehören bei ihm so innig zusammen, daß nur der Verehrer des Dichters den bildenden Künstler ganz genießen kann.

Was war es, das den kleinen Prosadichtungen des jungen Schweizers eine so weit und tief reichende Wirkung verschaffte, daß sie in etwa 20 Kulturprachen überführt wurden, daß er in Frankreich so beliebt wurde wie kein anderer deutscher Dichter außer E. T. A. Hoffmann, daß die Besten seiner Zeitgenossen ihm zujubelten, Wieland und Rousseau, die Kaiserin Katharina und Diderot? Selbst der strenge Lessing rühmte, wie „ungemein schön und richtig“ er schreibe, und Goethe meint in „Dichtung und Wahrheit“, daß seine „höchst lieblichen Idyllen eine unendliche Bahn eröffnen“. Der arkadische Traum des Rokoko, die Schäferidylle die in Frankreich von Watteau und seinem Kreise so gärtlich verflört wurde, fand in Geßners „Bildchen“ einen ähnlich feinen poetischen Ausdruck. Freilich treten zu einem eigentlichen Rokokoelement noch gewisse anekdotische, empfindsame, naturbeschreibende und antikisierende Züge, die diesen Gebilden ihren eigenen Reiz verleihen. Es ist der letzte reife Ausklang des Rokoko in einer sehr deutschen, ja sogar schweizerischen Form; aber es ist doch Rokoko mit all seiner geistlichen und stillosen Grazie.

Nicht umsonst hat der Zeichner der Porzellanmalerei mit so viel Glück gepflegt. Etwas durchscheinend Jartes, Maltes hat seiner Dichtung an, belebt durch Schilfsätze und teure Lichter. Wie seine Signetten tragen diese Bildchen aus dem Hirtenleben einen niedlichen

Gemüthscharakter, mit klassizistisch-spielerischen Ornamenten geschnitten. „Berzudert“ nannte Herder, von einem neuen Begriff der Natur aus urteilend, seine Landschaft, seine Menschen Sarnen. Und dieser Rokodahmer Theocritus ist wirklich ein unanßer, klar berechnender Meister, dessen Form in ihrer melodisch dünnen, zart abgewogenen Prosa ganz den Stil der Rokokofächler festhält. Wie zahn ist die Natürlichkeit, die sein Silberstift andeutet! Wenn Geßner den bunten Stoffen seiner Kunst verklärten Landschaft einen Schimmer der Natur wie einen goldenen Glanz überhauchte, so verdankte er das seinem Schweizerum, das ihn den Hirten in einem edleren und freieren Geiste zeigte.

Dieser frische Luftzug, diese reichere Tönung rief das allgemeine Entzücken hervor, ließ seine Poesie als die Höhe eines Stils, eben des deutschen Rokoko, erscheinen, die wir noch heute empfinden. Freilich das Evangelium der Natur, das er predigte, säufelte nur leise neben der brausenden Gewalt, die bald danach der „Sturm und Drang“ entließ. Doch hebt ihn sein scharfes Künstlerauge über die anderen „naturmalenden“ Vorken. Er betrieb ja die Dichtung nur nebenbei, verstummte nach seiner Heirat allmählich und wandte sich mehr und mehr der bildenden Kunst zu. Der leichtberzige Dilettant, der alles im Leben etwas spielerisch aufnahm, bewies als Zeichner und Maler einen ungewohnten Fleiß und beschäftigte sich auch eifrig mit theoretischen Fragen. Von den Radierungen, die zunächst die kleinen Formen des Rokoko in der Buchillustration glücklicherweise anwendeten, ging er zu größeren Landschaftskompositionen über, die den Charakter der gemalten Idylle verlassen und die reizende Umwelt des Jülicher Sees unbesangener festhalten. So gelangte er in seiner letzten Zeit zu einer Landschaftskunst, die vom Rokoko zum Realismus hinüberstieß und schon einiges von der späteren Romantik vorausahnt.

Dr. Paul Landau.

Das Wort „nerods“, dieses beliebte moderne Schlagwort, gehört dem deutschen Wortschatz in der Bedeutung, die man ihm heute beilegt, erst seit hundert Jahren an. Allerdings hat es nerods' Menschen früher auch schon gegeben, doch wandte man das Wort „nerods“ damals nur dann an, wenn der Arzt einen Teil des Körpers als „nerodsreich“, „nerods“ oder „nerodslos“ bezeichnen wollte. Nach im 18. Jahrhundert gab es daher keine „nerods“ Menschen im heutigen Sinne, sondern allmählich Menschen mit „Gm'chen Reizen“ oder mit „reizbaren Neroven“, wie man damals sagte. Raß und nach entwickelte sich jedoch ein immer stärkeres Interesse für die verschiedenen Nerovenzustände, und schließlich nannte man sie „erunruhigen oder schlaffen Menschen nerods“, das „nerods“ in wurde geradezu modern und das Wort „nerods“ zum ech' M'wort. Seitdem das Wort wie die Fortschritte der Wissenschaft festgestellt haben, im Jahre 1830 auch in der Literatur auftauchte, findet man es auf Schritt und Tritt als Bezeichnung für alles Mögliche, sogar auf leblose Gegenstände angewandt. Ebenso hat sich das Wort „nerodsstär“ stark eingebürgert, das als erster der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts lebende österreichische Dichter und Arzt Ernst von Jauchtersleben gebrauchte und damit in den allgemeinen Sprachgebrauch einführte.

